

Landesinfo Baden-Württemberg



Neun Wochen Abwehrschlacht bei den Kommunen im Land waren für die Gewerkschaft Ver.di erfolgreich. Offen ist noch immer der Kampf um die Arbeitszeit für die Beschäftigten beim Land.

Parteitage beschließen

8 Euro

Mindestlohn!

 Seite 3

WASG / Linkspartei

Parteitage in Ludwigshafen und Halle

 Seite 4

Nachlese Landtagswahl

Wir brauchen uns nicht zu verstecken

 Seite 9

Berlin und anderswo

Die Linke.-Abge- ordnete aktiv

 Seite 11

Arbeitszeit

Der Streik war notwendig und lohnend

 Seite 15

Kommunalpolitik

Aus Freiburg, Stuttgart ...

 Seite 16

Inhalt

Zum Verlauf des WASG-Parteitag	4
Leitantrag des Bundesparteitag der WASG	5
Nein zum Krieg gegen den Iran – Appell des Parteitag der Linkspartei	7
Parteitag der Linkspartei: Rassismus und Rechts-extremismus bekämpfen	8
Landtagswahl: „Wir brauchen uns nicht zu verstecken“	9
Gutes Ergebnis auf dem Weg zu einer gemeinsamen Linken	10
Ulrich Maurer, Axel Troost, Dietmar Bartsch, Heike Hänsel, Karin Binder, Tobias Pflüger – Abgeordnete berichten	12
Kommunen: Der Streik war notwendig und hat sich gelohnt	15
Freiburg: Alternativen zum Verkauf der Stadtbau	16
Stuttgart: Immer mehr Jugendliche ohne Ausbildungsplatz	16
Mannheim: Gegen Privatisierung	17
Tübingen: Kreis- und Gemeinderat	18
Konstanz: Vera Hemm kämpft	18

Das nächste Landesinfo erscheint im Juli 2006.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 3/2006 ist der 4. Juli

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstellen von Linkspartei.PDS oder WASG.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen bei: Zeitung für Mindestlohn und ein Flyer der Fraktion Die Linke.

Landesweite Tagung zum Parteibildungsprozess

**am Samstag, dem 13. Mai 2006
Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20
Beginn 10 Uhr – Ende gegen 17 Uhr**

Ablauf

- 10:00 Auswertung des Landtagswahlergebnisses und Einführung in das Thema „Parteibildungsprozess“
- 10:30 Diskussion
- 12:30 Mittagspause
- 13:30 Foren zu folgenden Themen und Politikfeldern werden angeboten:
- Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn (Stefan Straub, Bernd Riexinger)
 - Umverteilung von Einkommen und Vermögen: die Politik der großen Koalition zu Renten, Gesundheit, Mehrwertsteuererhöhung, Kündigungsschutz. (Michael Schlecht).
 - Droht ein Krieg gegen den Iran? Friedenspolitik (Christine Buchholz, Elke Lison, Thomas Mitsch)
 - Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg (Ulrike Küstler, Bernhard Strasdeit)
 - Umweltpolitik: Ökologischer Umbau statt Laufzeitverlängerung. (Franz Groll, Damian Ludewig)

Eingeladen sind alle Mitglieder der WASG, der Linkspartei, sowie Interessierte. Wir bitten um **Rückmeldung** über die Teilnahme, damit wir planen können. Insbesondere die Foren sind von der Mitarbeit der Mitglieder abhängig. Bitte melde Dich deshalb auch für ein bestimmtes Forum an und gib Bescheid, wenn Du Dich an der Gestaltung eines Forums beteiligen möchtest. Rückmeldung an das Landesbüro per E-Mail: info@wasg-bw.de oder per Post Landesbüro Baden-Württemberg, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart“

Wir freuen uns auf Dein Kommen!

Die Beratung am Vormittag wird vom Landesvorstand der WASG durchgeführt. Die Foren am Nachmittag werden von Linkspartei. und WASG gemeinsam organisiert.

Für alle, die nicht teilnehmen können: diesen Kongress verstehen wir nur als Auftakt für eine projektbezogene und inhaltliche Diskussion im Land. In allen Regionen Baden-Württembergs sollten in den nächsten Monaten ähnliche eigene Foren stattfinden. Die Landesvorstände und unsere Abgeordneten werden diese bei Bedarf personell und organisatorisch unterstützen.

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Diese Ausgabe erhalten auch die Mitglieder der WASG Baden-Württemberg kostenlos.

Impressum

Herausgeber und Verlag: Linke.PDS Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linkspartei-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Mitteilungen, Protokolle und Adressen des Landesverbandes ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Einladungsbrief

Liebe Freundinnen,
Liebe Freunde,

wie angekündigt wollen wir eine Tagung zur Diskussion über den Parteibildungsprozess anbieten. Nachdem wir zwei wichtige Wahlen in kürzester Zeit organisieren mussten, wollen wir uns jetzt der Frage der Herausbildung einer neuen linken Partei in Deutschland zuwenden.

Dazu wollen wir Raum für ausgiebige Diskussion geben. Wie umstritten die Urabstimmung über den Parteibildungsprozess auch sein mag. Sie bestätigte, dass zumindest eine deutliche Mehrheit derjenigen, die abgestimmt haben, für die Herausbildung einer neuen Partei plädieren, deren wichtige Bestandteile die WASG und die Linkspartei sind.

Wie eine solche Partei entstehen kann, welche Kräfte in der Gesellschaft sie außer den zwei Parteien noch umfassen kann, welche wichtigen gesellschaftlichen Fragen sie angehen muss und wie der Parteibildungsprozess organisiert werden kann, das wollen wir auf dem Kongress diskutieren.

Wir sind der Überzeugung, dass ein solcher Prozess kein in erster Linie theoretischer sein kann. Die Diskussion über Parteiprogramme, Ziele und Ausrichtung der Partei ist die eine, die Herausbildung einer gemeinsamen politischen Praxis, die aus unserer Sicht die mindestens genau so wichtige, wenn nicht gar wichtigere Seite. Wir haben immer gesagt, dass wir keine Hinterzimmerpartei sein wollen, die sich in endlosen Diskussionen zerreibt und verzettelt. Wir wollen uns aktiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen und ein ernst zu nehmender politischer Faktor in der Bundesrepublik Deutschland werden.

Deshalb wollen wir im zweiten Teil der Tagung über gemeinsame politische Projekte diskutieren und vielleicht schon erste Schritte für deren Umsetzung erarbeiten. Die von uns vorgeschlagenen Themen und Projekte sind nicht abschließend aber sie umfassen gesellschaftliche Fragen, die bereits heute auf der Tagesordnung stehen. Hier kann die Linke/WASG politisches Profil gewinnen und eine produktive Rolle in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen spielen.

Für den Landesvorstand der WASG
Bernd Riexinger

Zeit für Taten! 8 Euro Mindestlohn. Gesetzlich garantiert.

Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn – Resolution der Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG (Halle und Ludwigshafen, 29. und 30. April 2006); vorgelegt von der Steuerungsgruppe „Mindestlohnkampagne“ von Linkspartei.PDS, WASG und Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Der gesetzliche Mindestlohn war eines der Hauptthemen der neuen Linken im letzten Bundestagswahlkampf. Dafür ernteten wir Hohn und Spott von SPD und Union. Doch nach unserem Wahlerfolg sprechen auch Merkel und Müntefering vom Mindestlohn, die Bundesregierung kündigt einen Gesetzentwurf für den Herbst an.

Wir lassen jetzt nicht nach! Es wird entscheidend von unserem Engagement abhängen, ob es wirklich einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, der diesen Namen verdient. Ein Mindestlohn muss armutssicher sein: Ein Lohn, der Arbeit ohne Armut ermöglicht, stellt die Mindestanforderung an eine sozial gerechte Gegenleistung für Erwerbsarbeit dar. Deshalb fordern wir als Einstieg mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde. Dann liegt das Netto-Entgelt bei Vollzeitarbeit mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Wer weniger bekommt, darf trotz Verschuldung nicht gepfändet werden. 8 Euro brutto sind jedoch nur der Anfang: Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, muss der Mindestlohn kontinuierlich steigen.

In der Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn arbeitet die neue Linke eng mit den Akteuren der gewerkschaftlichen Mindestlohnkampagne zusammen und sucht weitere Partnerinnen und Partner. Gemeinsam geht es uns darum, den verhängnisvollen Trend der negativen Lohnentwicklung in Deutschland zu durchbrechen. Gemeinsam wollen wir ein deutliches Stoppzeichen gegen weiteres Lohndumping und den neoliberalen Irrglauben setzen, dass

immer weitere Lohnsenkungen immer mehr Arbeitsplätze schaffen. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass auch in Deutschland Löhne sichergestellt werden, von denen wenigstens die Existenz gesichert werden kann.

Linkspartei.PDS und WASG beginnen heute mit der Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Mit ihr wird die parlamentarische



Initiative unserer Bundestagsfraktion unterstützt und öffentlicher Druck zur Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes aufgebaut. Die Kampagne soll nicht nur auf dem Papier stattfinden. Wir werden sie auf die Straßen und vor die Türen der Lohndrücker tragen und das Thema der wachsenden sozialen Spaltung zu einem unserer Schwerpunkte machen.

Einladung zur Landes-Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg

Samstag, 22. Juli 2006, 10.15 Uhr
Stuttgart, voraussichtlich im DGB-Haus,
Willi Bleicher Straße 20

Vorgesehene Tagesordnung: Begrüßung und Konstituierung – Gastbeiträge aus dem neuen Parteivorstand und der Bundestagsfraktion – Wahl der Revisionskommission – Nachwahl Landesvorstand (Frauenplatz) – Parteibildungsprozess – Landes-AGs.

Landesvorstand Linkspartei.PDS Baden-Württemberg

Zum Verlauf des WASG-Bundesparteitages

Von Cuno Hägele und Bernd Riexinger

Da es zwischenzeitlich schon zu Interpretationen und Bewertungen des Parteitages gekommen ist und diese verbreitet werden, wollen wir dem noch unsere dazu setzen. Auf dem Treffen am 13.5. haben wir sicherlich ausreichend Gelegenheit die verschiedenen Sichtweisen zu diskutieren.

Die heftigste Auseinandersetzung auf dem Parteitag gab es in der Frage des eigenständigen Wahlantritts der Berliner WASG. Auf unserem erweiterten Landesvorstand gab es dazu folgende Entscheidung:

- Wir verurteilen den eigenständigen Antritt der WASG in Berlin aber auch die Regierungspolitik der Linkspartei.
- Wir stehen zum Parteibildungsprozess und stehen für eine neue linke Partei in Deutschland ein, dem möglichst viele Personen und Gruppen aus der Gesellschaft beitreten sollen.
- Wir lehnen administrative Maßnahmen gegen Berlin ab.
- Wir halten es für wichtig, gemein-

same politische Handlungsfelder mit der Linkspartei zu entwickeln, weil das gemeinsame Projekt nicht nur durch programmatische Diskussion, sondern durch praktisches Handeln vorangetrieben wird.

Soviel vorab. Auf dem Parteitag wurde keine Gruppe ausgegrenzt oder durch Druck und Manipulation ein Beschluss herbeigeführt. Über was abgestimmt wurde war allen klar, und jeder/jede Delegierte war sich der Folgen seines Entschlusses bewusst. Es gab eine mehrstündige Generalausprache, in der alle Argumente auf den Tisch gelegt wurden.

Richtig ist, dass Lafontaine seine gesamte Autorität eingebracht hat, um für den getroffenen Beschluss zu werben.

Es ist also ein demokratischer Beschluss zustande gekommen, der, wie es in jeder demokratischen Organisation der Fall ist, von allen respektiert werden muss. Ausgegrenzt kann sich nur fühlen, wer Mehrheitsbeschlüsse nicht akzeptieren kann.

Warum wir selber für Sanktionen gestimmt habe, obwohl wir im LV eine andere Linie beschlossen hatten, wie übrigens andere auch entgegen dem

erweiterten LV-Beschluss gegen eine Verurteilung Berlins gestimmt hatten, können wir gut begründen. Die Berliner WASG hatte die Frage des eigenständigen Wahlantritts zu einer Grundsatzfrage gemacht. Sie hatten im Lauf des Bundesparteitages und nach den gefassten Beschlüssen deutlich erklärt, dass Parteitagsbeschlüsse für sie keinerlei Verbindlichkeit für ihre Entscheidungen haben. Sie hatten dazu diese Frage zu einer Richtungsentscheidung über die Politik der WASG und zu einem Misstrauensantrag gegenüber dem bestehenden Bundesvorstand machen wollen. Mehrere Redner/innen hatten erklärt, dass sie Leute wie Ernst und Troost das Misstrauen aussprechen und nicht mehr im Bundesvorstand sehen wollen. Auf dem Kongress hatten nicht nur Ernst; Maurer und Lafontaine zugespitzt, sondern genauso die Befürworter der Berlin-Kandidatur. Darüber hinaus wurde von einer SAV-Sprecherin erklärt, dass sie die WASG als sozialistische Arbeiterpartei aufbauen wollen. Dazu kam, dass die Einreichung der Landesliste bewusst vor den Bundesparteitag gelegt wurde obwohl keinerlei Fristen dafür verantwortlich waren.

In dieser zugespitzten Situation war u.E. für eine Mittlerrolle kein Platz mehr. Der Verzicht auf „administrative Maßnahmen“ durch den Bundesvorstand wäre als Sieg der Berliner Linie gegenüber dem Rest der Partei interpretiert worden. In dieser Situation sahen wir persönlich, wie die Mehrheit der Delegierten keine Alternative zu einer klaren Positionierung. Bernd Riexinger hat sich im Übrigen in seinem Redebeitrag nicht nur gegen den Wahlantritt von Berlin ausgesprochen, sondern auch gegen die Regierungspolitik der Linkspartei. Dazu kam im Laufe der Woche noch dazu, dass ein eigenständiger Wahlantritt große juristische Risiken mit gravierenden finanziellen Folgen mit sich bringen kann.

Für uns ist völlig klar, dass wir in Deutschland keinen Spielraum für zwei linke Parteien haben. Widersprüche zwischen den beiden Parteien und innerhalb der Parteien müssen in dem Parteibildungsprozess diskutiert und (nach Möglichkeit) geklärt werden. Dazu gehört auch die Frage, unter welchen Bedingungen Regierungsbeteiligungen möglich sind und unter welchen nicht. Ein Verzicht auf eine klare Positionierung hätte ebenso die Gefahr der Spaltung mit sich gebracht und die Gefahr, dass die WASG in diesem Prozess bedeutungslos wird.

Vormachtsstellung von Prominenten und Anhängel der Linkspartei

Den Aufbau von Drohungen oder Druck durch Promiente halten wir ebenfalls für sehr problematisch, und wir werden uns

WASG-Bundesparteitag

Initiativantrag zum Parteibildungsprozess und Konkurrenzkandidaturen

Beschlossen am 29.4.2006 in Ludwigs-hafen, Antrag IA 05 neu, Antragsteller: Bundesvorstand

Initiativantrag anlässlich der Beschlüsse des 5. und 6. Landesparteitages der Berliner WASG zum eigenständigen Wahlantritt (22./23.4.2006) und der Einreichung der Wahlliste der Berliner WASG zur Abgeordnetenhauswahl (24.4.2006)

Der Bundesparteitag missbilligt in Verantwortung vor dem Parteibildungsprozess den Beschluss der Berliner WASG, ohne Abstimmung mit der Bundespartei eigenständig und in Konkurrenz zur Linkspartei zu der Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2006 anzutreten.

Daraus folgt:

1. Der BPT erwartet von der Berliner Landesorganisation, die Wahlanzeige und die eingereichten Listen sofort zurückzuziehen;

2. Es bleibt den Berliner Mitgliedern der WASG unbenommen, im Sinne des Parteibildungsprozesses und aufgrund gemeinsamer Positionen mit der Linkspartei sich am Wahlkampf der Linkspartei zu beteiligen;
3. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, falls die Wahlanzeige nicht zurückgezogen wird, alle Maßnahmen zu prüfen und ggfs. zu ergreifen, um dem Willen des Bundesparteitages Geltung zu verschaffen. Parteiausschlüsse und die Auflösung von Landesverbänden sollen vermieden werden;
4. Es wird keinerlei politische und finanzielle Unterstützung für einen eigenständigen Wahlantritt gewährt;
5. Der Bundesvorstand wird weiter aufgefordert, die getroffenen Vereinbarungen über eine künftige Politik in Berlin weiterzuentwickeln und durchzusetzen. Dies betrifft insbesondere Maßnahmen gegen Privatisierung, für die Einhaltung von Tarifverträgen und sozialen Standards;
6. Der Beschluss gilt sinngemäß für andere eigenständige Wahlantritte.

allen Versuchen energisch widersetzen, die den Zeitplan verkürzen und den Parteibildungsprozess beschleunigen wollen. Es bleibt bei unserer Linie, dass wir ausreichend Zeit zur Diskussion in den Kreis- und Landesverbänden haben.

Lafontaine hatte jedoch nicht Mehrheiten bekommen, weil er prominent ist, sondern weil er zur Zeit am Besten und Klarsten die Kritik an der neoliberalen Hegemonie auf den Punkt bringt. Genauso klar war übrigens auch seine Kritik an der Regierungspolitik der Linkspartei in Berlin oder an der Entscheidung von Linkspartei-Stadträten in Dresden Wohnungen zu verkaufen. Er hat den Parteibildungsprozess mit einer Analyse der neoliberalen Politik verbunden und auf den Begriff gebracht, was die Linke dem entgegensetzen muss. Den Parteibildungsprozess hält er für notwendig, weil die eigenständigen Wahantritte in NRW, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gezeigt haben, dass es auch die WASG alleine nicht schafft.



Für seine politische Positionierung bekam Lafontaine auf dem Parteitag riesigen Beifall.

Man wird also nicht weiter kommen, wenn per se die Rolle von Prominenten kritisch diskutiert wird. Eine Auseinandersetzung mit ihren politischen Positionen und, wenn sie nicht geteilt werden, eine begründete Gegenposition wird schon notwendig sein, wenn politische Entscheidungen beeinflusst werden sollen. Die ständige Bemühung des Reflexes „die da oben, wir da unten“ wird alleine nicht ausreichen.

Der Parteitag ist auch nicht allen Positionen von Ernst und anderen gefolgt. So wurde klar und eindeutig die Trennung von Amt und Mandat beschlossen, wie auch, dass Hauptamtliche nicht in Landes- oder Bundesvorstände gehen können. Von einem Durchmarsch einer Fraktion kann keine Rede sein. Dass Bischof, Radke und Lösing zurückgetreten sind, ist für mich weder konsequent noch richtig. Wenn es in einer Frage eine Mehrheit gibt, heißt das doch nicht, dass verschiedene Strömungen im Bundesvorstand nichts verloren haben.

Trotzdem ist Wachsamkeit angesagt

und wir sind auch nicht bereit zu tolerieren, dass Leute im Namen der WASG sprechen, die in der Partei keine gewählten Funktionen haben.

Politikfähig werden

Wir haben immer wieder gesagt, dass wir keine Hinterzimmerpartei werden dürfen, die sich mehr mit sich selber beschäftigt als Politik für das Volk zu machen. Wenn wir uns als beständige linke Kraft etablieren wollen, müssen wir in der Lage sein, zu den wichtigsten Fragen unserer Zeit politik- und handlungsfähig zu sein. Deshalb schlagen wir auch vor, neben der wichtigen programmatischen Diskussion eine politische Praxis gemeinsam mit der Linkspartei und anderen interessierten Gruppen und Personen aufzubauen. Schon Karl Marx hat gesagt, dass ein Stück wirkliche Bewegung mehr wert ist als tausend Programme. Zwar ist ohne Theorie keine sinnvolle Praxis möglich, aber ohne Praxis wird sich die Theorie weder weiter entwickeln noch kann sie sich an der Wirklichkeit bestätigen oder widerlegen.

Die Kampagne für einen gesetzlichen

Mindestlohn, die Auseinandersetzung mit der Politik der großen Koalition (Rente mit 67, Mehrwertsteuererhöhung, Abschaffung des Kündigungsschutzes, Gesundheitsreform), die Drohung von atomaren Schlägen gegen den Iran, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, die Frage der Bildungs- und Umweltpolitik können wichtige Felder einer solchen politischen Praxis sein, ebenso wie der Aufbau von kommunalpolitischer Kompetenz.

Die Etablierung einer neuen linken Partei ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Monate und Jahre. Unsere Überzeugung ist, dass die WASG in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielt und unsere Kreisverbände geschlossen das Rückgrat dieser Partei bilden. Das werden wir jedoch nur können, wenn wir praktisch den Aufbau der Partei vor Ort organisieren und den Aufbau von wirkungsvoller Politik in Angriff nehmen.

Mit solidarischen Grüßen

Bernd Rixinger, Cuno Hägele (Delegierter und einer der drei Kreisvorstandssprecher der WASG Stuttgart)

Leitantrag zum Bundesparteitag der WASG

Beschlossen am 29.04.2006 in Ludwigshafen

„Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie! – Für eine pluralistische, gesamtdeutsche Partei der Linken“

Die Urabstimmung der Mitglieder der WASG im März 2006 hat mit großer Mehrheit beschlossen, „den Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen fortzusetzen. Am Ende dieses Prozesses soll eine neue linke gesamtdeutsche Partei stehen.“ Der Bundesvorstand ist aufgefordert, „bis Herbst 2006 den Mitgliedern Vorschläge für ein Programm, eine Satzung und den zeitlichen und organisatorischen Ablauf der Neubildung einer linken Partei zur Diskussion vorzulegen“.

Auf Basis des Votums der Urabstimmung beauftragt der 3. Parteitag der WASG den Bundesvorstand auf Basis der Beschlüsse des Länderrates vom 3.12.2005 (Leitantrag) mit folgenden weiteren Schritten im Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen und des verstärkten Aufbaus der WASG:

1. Zum Herbst 2006 wird die mit dem – von der gemeinsamen Programmgruppe vorgelegten – programmatischen Eckpunktepapier eröffnete Debatte in

einem Programmdokument zusammengefasst. Zur Debatte des Eckpunktepapiers werden regionale Programmforen angeboten, die zusammen mit der Linkspartei durchgeführt werden. Falls über wichtige Punkte keine Einigung zwischen den Beauftragten beider Parteien zu erzielen ist, werden wir die unterschiedlichen Positionen dokumentieren.

2. Am Ende des Parteibildungsprozesses soll eine neue pluralistische Partei der gesamten Linken in Deutschland entstehen. Sie soll die Partei der Menschen aus dem fortschrittlich-demokratischen Spektrum, aus links orientierten Gruppierungen und Parteien, sowie aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen werden. Die Varianten der Parteibildung werden statuarisch, juristisch und vermögensrechtlich geklärt und transparent gemacht werden. Der Steuerungsgruppe und ihren Fachgruppen kommt die wichtige Aufgabe zu, Vorschläge für die weitere Debatte im Parteibildungsprozess vorzulegen, die umfassende politische Neugründung der Partei zu konzipieren und die bereits vereinbarte paritätische Besetzung der Gremien der neuen Partei in einem langen Übergangszeitraum statuarisch zu fassen. Dabei tritt die WASG für einen Zusammenschluss auf gleicher Augenhöhe ein, die mit Neuwahlen auf allen hierarchischen Ebe-

nen verbunden ist. Die Alternative einer neuen Partei wird nur Akzeptanz finden, wenn jede Seite in diesen Prozessen als gleichberechtigt angesehen wird und die jeweilige Identität und damit die jeweiligen politisch-historischen, politisch-kulturellen und programmatischen Unterschiede respektiert werden. Dies schließt eine Parteibildung in Form des Beitritts der einen Partei zu der jeweils anderen Partei prinzipiell aus.

Die neue Partei, die am Ende des Prozesses steht, sollte demokratische Strukturen fortführen und weiterentwickeln, die in der WASG bestehen. Dazu gehören beispielsweise

- die Möglichkeit von Urabstimmungen
- die Vermeidung von Ämterhäufung
- Regelungen zur Trennung von Amt und Mandat bzw. gegen ein zu starkes Gewicht von MandatsträgerInnen und von materiell von der Partei und ihren Mandaten abhängigen Personen in Gremien der Partei
- die Offenlegung der Nebeneinkünfte von FunktionsträgerInnen
- und die Transparenz parteiinterner Diskussionen.

Delegierte zum Bundesparteitag werden von den Kreisverbänden entsandt. Gleichgewicht zwischen Delegierten aus Ost- und Westdeutschland auf Bundesparteitagen und im Länderrat / Parteirat (höchstes Gremium zwischen den Parteitagen).

Bereits in den Kooperationsabkommen I und II im Sommer 2005 haben wir gemeinsam mit der Linkspartei.PDS festgehalten: „Konsequente Opposition gegen die neoliberale Politik und machbare Alternativen aufzuzeigen, sehen wir als zentrale Herausforderung, um die Mehrheit der WählerInnen aus der politischen Resignation herauszuholen. (...) Wir wollen eine Demokratische Linke, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern in den breiten Schichten und insbesondere bei den Menschen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen, verankert ist. (...) Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zu einer solchen Formation, in der beide aufgehoben sein können, in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass in zentralen Gremien einvernehmlich alle Partner paritätisch vertreten sind.“

3. Die Landesverbände und alle Ebenen der Parteien bleiben aufgefordert, gemeinsame Veranstaltungen und Beratungen durchzuführen. Um dies zu unterstützen, wird der Bundesvorstand in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe einen Zeitplan für die innere Diskussion, Willensbildung und Beschlussfassung vorschlagen. Auf Bundesebene werden die überregionalen Foren fortgeführt. Diese Foren sollten nicht auf die Parteien beschränkt, sondern offen sein.

Die Alternative einer „Neuen Linken“ entsteht nicht durch einen einmaligen Akt der Fusion sondern entwickelt sich mit Perspektive und jetzt beginnend (bzw. ist in Teilen bereits begonnen) nur durch konstruktive Kooperation und kritischen Dialog der Politikkonzepte. Sie kann weder von „oben nach unten“ verordnet noch von „unten nach oben“ heranwachsen; sie muss auf allen Ebenen parallel überall dort entwickelt werden, wo Widerstand gegen unsoziale und undemokratische Verhältnisse von Nöten ist und linke Alternativen gefragt sind. Die Zusammenarbeit und der Dialog muss deshalb auf allen Ebenen – örtlicher, regionaler, Landes- wie Bundesebene – intensiviert und auf all diesen Ebenen durch paritätisch von WASG und Linkspartei.PDS besetzte Moderatorenkreise (ohne Entscheidungs- und Lenkungs kompetenz für die Beteiligten) organisiert werden. Dies schließt die Beteiligung weiterer linker Gruppierungen und sozialer Kräfte an diesen Kooperations- und Dialogprozessen nicht aus sondern ein.

Der Parteibildungsprozess muss in jeder Phase transparent und nachvollziehbar sein. Neben den Mitgliedern der WASG und der Linkspartei sollten möglichst viele Menschen aus linksorientierten sozialen und politischen Basisbewegungen und Gruppierungen einbezogen werden, die noch nicht Mitglied der WASG oder der Linkspartei sind. Die verschiedenen Ebenen der WASG werden aufgefordert durch gemeinsame politische Diskussionen, Projekte, Aktionen Kampagnen und Wahlkämpfe das Zusammenwachsen der linken Kräfte zu fördern.

4. Bei künftigen Wahlen muss sich der Charakter der neuen Linken sowohl in der Listennominierung als auch der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung widerspiegeln und der Parteibildungsprozess unterstützt werden. Über die Form des Antritts und der Listennominierung wird einvernehmlich und kooperativ entschieden. Eine Kandidatur gegeneinander soll damit ausgeschlossen werden. Wahlkämpfe, Kandidaturen, Wahlprogramme und Regierungsaussagen werden deshalb gemeinsam anhand von politisch-inhaltlichen Zielvorstellungen diskutiert und entschieden. Eine generelle Festlegung, ob und wie und wann eine linke Partei sich an Regierungen beteiligen sollte, ist nicht sinnvoll.

„An einer Regierung in Land oder Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt.“ Dieser Passus des Gründungsprogramms bedeutet für uns, dass wir gemeinsam im Parteibildungsprozess Maßstäbe für unsere Arbeit auf kommunaler, Landes- und Bundesebene

entwickeln müssen. Dazu gehört beispielsweise, Freiheits-, Arbeits- und soziale Rechte zu verteidigen, für die stärkere Belastung großer Einkommen und Unternehmen einzutreten (Vermögenssteuer, Anhebung Spitzensteuersatz), Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge (u.a. Verkehr, Energie, Wasser, Gesundheit, Bildung) zu stoppen und sukzessive rückgängig zu machen und Konfliktprävention und Konversionsprogramme anstelle einer international einsatzfähigen Armee zu fördern.

5. Der in den Vereinbarungen festgelegte gemeinsame Beirat (aus VertreterInnen verschiedenster gesellschaftlicher Bereiche) zum Parteibildungsprozess muss nun umgehend gebildet werden. Dieser soll den Parteibildungsprozess beratend begleiten sowie im Konfliktfall angerufen werden können.

6. Zu zentralen und aktuellen Themenfeldern werden Bildungsbausteine und Bildungsangebote entwickelt.

7. Die Öffentlichkeitsarbeit der Partei muss stärker der Tatsache Rechnung tragen, dass ein Teil unserer Mitglieder nicht mit Internet erreichbar ist. Es sollen deshalb verstärkt eigene Printmedien der WASG herausgegeben werden.

8. Zentrale politische Kampagnen und die Schwerpunkte der Fraktionsarbeit müssen für eine bessere öffentliche Präsenz und Wirksamkeit entwickelt und koordiniert werden. Die Parteivorstände und der Fraktionsvorstand werden deshalb aufgefordert, eine gemeinsame Koordinierungsgruppe für Kampagnenplanung und Öffentlichkeitsarbeit zu bilden, die regelmäßig tagt und einvernehmlich entscheidet.

9. Die Kontaktstelle Außerparlamentarische Bewegungen der Fraktion ist ein gutes und wichtiges Signal für die Verzahnung parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung. Der Dialog und die Verständigung mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und globalisierungskritischen Vereinigungen muss vorangetrieben werden. Die Aufgabe der politischen Koordination muss aber bei den Parteivorständen liegen. Insbesondere der Kontakt zu den Gewerkschaften muss durch die Parteien intensiviert werden. Die Vorstände beider Parteien werden deshalb aufgefordert, ein gemeinsames Koordinierungsbüro Gewerkschaften zu bilden und zu finanzieren.

10. Im 1. Halbjahr 2006 werden auf den Landesparteitagen die bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen der regionalen Kooperationen und der Foren ausgewertet und Vorschläge für den weiteren Rahmen des Parteibildungsprozesses formuliert.

11. Im 2. Halbjahr 2006 wird in einem weiteren Parteitag Bilanz über die weiteren Fortschritte und Probleme im

Parteibildungsprozess gezogen und die Programmdebatte fortgesetzt.

12. Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es, den Parteigremien Vorschläge über den weiteren Zeitplan der Parteibildung zu machen und den Zeitpunkt für die Parteitage der beiden Parteien vorzuschlagen, auf denen die Ergebnisse des Prozesses bewertet und die entsprechenden Beschlüsse über die Einleitung der Urabstimmung in beiden Parteien gefasst werden.

Ein Parteibildungsprozess lebt von starken und aktiven Partnern und selbstbewussten Beteiligten. In diesem Sinne ist es sinnvoll und erforderlich, dass die eigenen WASG-Strukturen aufgebaut und gestärkt werden. Manche politischen Kampagnen insbesondere im Westen werden noch geraume Zeit nur von der WASG getragen oder ausgelöst werden können. Deshalb sind alle Ebenen der Partei aufgefordert, die Mitgliederwerbung zu intensivieren, damit die materielle Lage der Partei zu verbessern und sie damit für den Parteibildungsprozess zu stärken. Konkurrenz um Neumitglieder, Abwerbe- und Beeinflussungsstrategien verbieten sich zwischen Partnern einer künftigen gemeinsamen Partei. Parteirechtlich sinnvolle Doppelmitgliedschaften dürfen nicht zur gegenseitigen Durchdringung der Mitgliedschaften missbraucht werden. In den nächsten Monaten wird aber in immer mehr Bereichen des Parteilebens der WASG und der Linkspartei zusammengearbeitet und gemeinsame Strukturen entwickelt. Wir werden dies nicht sanktionieren. Ungleichzeitigkeiten sind dabei nicht zu verhindern, sie hängen von den Menschen in den Regionen ab und sind nicht zu reglementieren. Die verschiedenen Ebenen der WASG werden dies den Satzungen entsprechend handhaben.

Wir fordern daher alle Gliederungen unserer Partei dazu auf, den in zwei Urabstimmungen geäußerten demokratischen Willen der Mehrheit der Mitglieder der WASG zu respektieren und in einen konstruktiven Dialog mit der Linkspartei zu treten. Wir fordern die Linkspartei dazu auf, dieses Angebot ernst zu nehmen. Dazu gehört auch, sich intensiv mit der geäußerten Kritik auseinanderzusetzen. In Anbetracht der Regierungsbeteiligungen der Linkspartei in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gilt: linke Politik muss sich an dem messen lassen, was für die Menschen erreicht wurde, und welcher Beitrag zu einer umfassenden Veränderung der Kräfteverhältnisse im Kampf gegen neoliberale Politik geleistet wurde. Dies sollte Schwerpunkt einer kritischen, gemeinsam durchgeführten Analyse der Politik in den angesprochenen Ländern sein.

Nein zum Krieg gegen den Iran – Appell

Beschluss der 1. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS am 29./30.04 2006 in Halle/Saale

Wir wenden uns gegen die Eskalation des schwelenden Konflikts um die Atompolitik des Iran und insbesondere die Vorbereitungen der Bush-Administration auf eine militärische Lösung. Damit steht die Welt erneut am Rande eines Krieges. Wie beim völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak wollen Weißes Haus und Pentagon eine „Koalition der Willigen“ zusammenschließen, wenn die UNO sich nicht ihren Vorstellungen und Forderungen zur „Konfliktbereinigung“ beugt. Im Kern der Sache geht es um Öl. Die USA möchten als größtes ölverbrauchendes Land ihre Stellung in der Region insbesondere gegenüber China und Russland behaupten. Es wird kein Hehl daraus gemacht, dass ein „Regime-Change“ beabsichtigt ist. Ein Krieg gegen den Iran wird mit Sicherheit einen Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten mit unabsehbaren Folgen für die ganze Welt auslösen.

Die ungelösten Probleme im Irak und in Afghanistan, der israelisch-palästinensische Konflikt, Atomwaffen in Indien, Pakistan und Israel verwandeln die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens ohnehin in ein Pulverfass. Die antisemitischen, antiisraelischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad werden von uns strikt zurückgewiesen. Sie haben zur Eskalation beigetragen. Bush will den Krieg, und der iranische Präsident scheut ihn nicht.

Die Linkspartei.PDS steht für atomare Abrüstung! Wir wollen dazu beitragen, dass nicht noch mehr Atomwaffen angehäuft werden oder diese

zwar zahlenmäßig verringert, aber dafür „modernisiert“ werden. Wir wollen auch verhindern, dass weitere Staaten, einschließlich des Irans, in den Besitz von Atomwaffen kommen. Dies aber wird nur gelingen, wenn die Atommächte endlich abrüsten, wenn Konflikte friedlich und unter Einhaltung des Völkerrechts gelöst werden.

Statt Gewalt und Drohung mit Gewalt schlägt die Linkspartei.PDS eine friedliche Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran und eine umfassende Nahost-Friedenskonferenz vor. Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten auf der Grundlage umfassender Gewaltverzichtserklärungen und Sicherheitsgarantien der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates allen Staaten der Region gegenüber. Internationale Anerkennung des Rechts des Iran auf Uran-Anreicherung zu Forschungszwecken unter IAEA-Kontrolle und auf friedliche Anwendung der Atomenergie. Gleichzeitig sollen Angebote für einen umfassenden Wissens- und Technologietransfer im Bereich regenerativer Energien für die gesamte Region gemacht werden. Die Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die Staaten der Region und eine verbindliche Einigung über die Grenzen Israels. Die Realisierung eines lebensfähigen und souveränen Staates Palästina in international anerkannten Grenzen. Die Einigung über einen Fahrplan zum Abzug ausländischer Truppen aus dem Irak. Wir fordern von der Bundesregierung, verbindlich und öffentlich zu erklären: Deutschland weist die Mili-

Infos aus der Bundestagsfraktion

DIE LINKE.

Anbei einige Materialhinweise der Bundestagsfraktion: Die Infomaterialien sind vorrätig in der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle bzw. den Abgeordnetenbüros von Karin Binder, Heike Hänsel und Ulrich Maurer. Das Karlsruher Büro bedient nach Absprache die Rhein-Region zwischen Mannheim und Lörrach. Tübingen bedient den Bodenseeraum und Südwürttemberg/Hohenzollern. Stuttgart bedient die Region Nordwürttemberg. Derzeit vorrätig:

- Zeitung und Plakat zur Mindestlohnkampagne
- Flyer „für eine neue soziale Idee“ ■ Flyer „Stoppt Bolkestein“ ■ Flyer „Atomwaffen abziehen“ ■ Flyer „Für eine Friedenslösung im Nahen und Mittleren Osten“ ■ Flyer zu Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspolitik (Die Linke. im Bundestag)
- „kurz & bündig“ von Ulrich Maurer (MdB) ■ „kurz & bündig“ von Karin Binder (MdB) ■ Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 3; von Heike Hänsel (MdB) ■ „EU-LINKS“ von Tobias Pflüger (MdB)
- Dokumentation zur Dienstleistungsrichtlinie (Anhörung DIE LINKE.) ■ Dokumentation zu Hartz IV (Anhörung DIE LINKE.)
- Broschüre zu „Türkei und EU“; la gauche No. 1; (GUE/NGL im Europaparlament) ■ Vorstellung der Mitgliedsparteien der Europäischen Linken, Broschüre (EL, Linkspartei.PDS)



tärpläne der USA zurück, beteiligt sich nicht an der Vorbereitung eines Krieges und wird jeglichen kriegerischen Handlungen gegen den Iran weder direkt noch indirekt Unterstützung gewähren. Die Bundesrepublik fordert vielmehr alle Staaten auf, sich ebenso zu verhalten.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie umfassende Abrüstung wieder auf die aktuelle Tagesordnung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik setzt. Ein Zeichen für atomare Abrüstung wäre die Forderung an die USA, ihre Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen.

Wir appellieren an alle friedensbewegten Menschen in unserem Lande, an die Friedens- und Konfliktforschung, an die Gewerkschaften, an Mitstreiter/innen in Friedensinitiativen und -Bewegungen: Setzt Zeichen des Widerstandes gegen einen neuen Krieg! Der 1. Mai kann auch Forderungen beinhalten,

weniger für die Rüstung und mehr für Soziales aufzuwenden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Machen Sie Schluss mit der Strategie des „Krieges gegen den Terror“! Stimmen Sie keiner weiteren Entsendung deutscher Soldaten in alle Welt zu und holen Sie Schritt für Schritt die Bundeswehrkontingente aus dem Ausland zurück!

Wir rufen die Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Linkspartei auf: Stärkt das Profil der neuen Linken als einer konsequenten Friedenspartei, als einer Partei des Völkerrechts und der Abrüstung, einer Partei der globalen Gerechtigkeit! Ergreift überall Initiativen gegen den drohenden Krieg! Werdet aktiv in Bündnissen, in außerparlamentarischen Aktionen und in Parlamenten – in den Kommunen und Ländern, im Bundestag und im Europäischen Parlament!

Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen – Integrationsdebatte führen

Beschluss der 1. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS am 29./30.04 2006 in Halle/Saale

Ermyas M., schwarzer Deutscher äthiopischer Herkunft, wurde am 16. April in Potsdam Opfer rechtsextremistischer, rassistischer Schläger und schwebt seitdem in Lebensgefahr. Die Linkspartei.PDS ist solidarisch mit dem Opfer des brutalen Überfalls und unterstützt alle Maßnahmen zur Unterstützung von Ermyas M. und seiner Familie.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind allgegenwärtig in der bundesdeutschen Gesellschaft – und zwar in Ost und in West. Die Ursachen für das Erstarken rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Haltungen bei immer mehr Menschen sind vielfäl-

tig. Es greift zu kurz, sie nur als Problem sozialer Ungerechtigkeit zu begreifen. Sie sind keine Erscheinung allein bei sozial Benachteiligten. Unterprivilegierung ist auch keine Rechtfertigung für Rechtsextremismus und Antisemitismus. Politisch falsch und fahrlässig ist es, rechtsextreme Haltungen auf die gesellschaftlichen Strukturen der DDR zurückzuführen.

Jahrzehntlang hat sich die herrschende Politik geweigert anzuerkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland schon lange ein Einwanderungsland ist und deshalb die sich verändernde Gesellschaft politischer Gestaltung und

Steuerung bedarf. Integration von Eingewanderten und denen, die schon lange hier sind, ist ein zweiseitiger Prozess. Er verlangt beiden Seiten den Willen zur Veränderung und zum gegenseitigen Respekt auf der Grundlage der Grund- und Freiheitsrechte ab. Heute ist Integrationspolitik eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Diese werden wir nicht durch ausgrenzende Einbürgerungstests und Leitkulturdebatten meistern. Die wichtigsten Integrationsmotoren sind die Bildungs- und die Arbeitsmarktpolitik. Die jüngste Auseinandersetzung um die Rütli-Schule in Berlin und die ernüchternden Ergebnisse der Inspektionsreise eines UNO-Bildungskommissars Anfang des Jahres durch die Bundesrepublik haben gezeigt, dass das Bildungssystem grundlegend reformiert und der Arbeitsmarkt durchlässiger für Menschen mit Migrationshintergrund gestaltet werden müssen. Die Linkspartei.PDS stellt sich dieser Herausforderung und hat bereits umfassende Vorschläge zur Integrations-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik unterbreitet. Im Kampf gegen Neofaschismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus müssen wir zivilgesellschaftliche Strukturen stärken, um den öffentlichen Raum wieder allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich zu machen. Projekte und Initiativen die dieses Ziel verfolgen, wie die Mobilen Beratungsteams oder die Opferberatungsstellen, werden bisher durch das Bundesprogramm „CIVITAS – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ gefördert. Dieses Programm läuft Ende des Jahres aus, und bisher ist unklar, wie das Programm in Zukunft strukturiert sein wird.

Wenn den Projekten und Initiativen nicht bald eine Perspektive geboten wird, werden sie die Abwicklung ihrer Strukturen einleiten müssen und ihre Arbeit Ende 2006 einstellen.

Diese Netzwerke von Projekten und Initiativen, besonders die der Mobilen Beratungsstellen und der Opferberatung, haben nicht nur wichtige Präventionsarbeit geleistet, sie haben in erster Linie die AkteurInnen vor Ort wie z.B. lokale Initiativen, KommunalpolitikerInnen, LehrerInnen u.a. beraten und unterstützt und dabei oftmals dazu beigetragen, dass sich vor Ort der Protest und Widerstand gegen Rechtsextreme bildete.

Wir halten die Arbeit dieser Projekte für unverzichtbar und fordern die Bundesregierung dazu auf, auch zukünftig entsprechende Finanzmittel zu Verfügung zu stellen und die Arbeit der Projekte aufrecht zu erhalten. Die Landtagsfraktionen der Linkspartei.PDS werden gebeten, sich auch weiterhin in den Bundesländern dafür einzusetzen, dass auch diese sich weiterhin an der Finanzierung beteiligen.

Ergebnisse der WASG bei der Landtagswahl

Wahlkreis	Stimmen
35 Mannheim I	6,9%
47 Freiburg II	6,9%
42 Pforzheim	5,5%
26 Aalen	5,1%
36 Mannheim II	4,8%
40 Schwetzingen	4,3%
28 Karlsruhe II	4,2%
34 Heidelberg	4,2%
56 Konstanz	4,1%
27 Karlsruhe I	3,9%
39 Weinheim	3,8%
62 Tübingen	3,8%
32 Rastatt	3,7%
01 Stuttgart I	3,7%
03 Stuttgart III	3,6%
31 Ettlingen	3,6%
10 Göppingen	3,5%
37 Wiesloch	3,4%
44 Enz	3,4%
60 Reutlingen	3,4%
04 Stuttgart IV	3,4%
11 Geislingen	3,3%
24 Heidenheim	3,3%
18 Heilbronn	3,3%
64 Ulm	3,3%
46 Freiburg I	3,2%
41 Sinsheim	3,2%
23 Main-Tauber	3,2%
30 Bretten	3,2%
12 Ludwigsburg	3,1%
57 Singen	3,1%
43 Calw	3,1%
<i>Insgesamt Land Baden-Württemberg</i>	<i>3,1%</i>
05 Böblingen	3,1%
06 Leonberg	3,0%
58 Lörrach	2,9%
49 Emmendingen	2,9%
50 Lahr	2,9%
52 Kehl	2,8%
33 Baden-Baden	2,8%
38 Neckar-Odenwald	2,7%
25 Schwäbisch Gmünd	2,7%
21 Hohenlohe	2,7%
48 Breisgau	2,7%
02 Stuttgart II	2,6%
13 Vaihingen	2,6%
22 Schwäbisch Hall	2,6%
20 Neckarsulm	2,6%
61 Hechingen-Münsingen	2,6%
51 Offenburg	2,6%
67 Bodensee	2,6%
14 Bietigheim-Bissingen	2,5%
65 Ehingen	2,5%
19 Eppingen	2,5%
07 Esslingen	2,5%
29 Bruchsal	2,4%
09 Nürtingen	2,4%
59 Waldshut	2,4%
55 Tuttlingen-Donaueschingen	2,4%
08 Kirchheim	2,4%
54 Villingen-Schwenningen	2,3%
69 Ravensburg	2,3%
15 Waiblingen	2,2%
66 Biberach	2,2%
70 Sigmaringen	2,2%
68 Wangen	2,2%
63 Balingen	2,1%
16 Schorndorf	2,1%
17 Backnang	2,1%
53 Rottweil	1,8%
45 Freudenstadt	1,8%

„Wir brauchen uns nicht zu verstecken“

Rundschreiben des Landesvorstands nach der Landtagswahl an alle WASG-Mitglieder in Baden-Württemberg

Liebe Freundinnen und Freunde, mit dem Wahlergebnis letzten Sonntag brauchen wir uns nicht zu verstecken. Wenn eine Partei, die gerade mal stark ein Jahr existiert, aus dem Stand 3,1 Prozent erreicht, ist das ein beachtliches Ergebnis. Zwar konnten wir an das Ergebnis der Bundestagswahl nicht ganz herankommen, aber die Landtagswahl zeigt, dass wir uns auch in Baden-Württemberg als ernst zu nehmende linke Alternative etablieren können. Im Unterschied zu den Bundestagswahlen wurden wir von den Medien (insbesondere von den überregionalen) weitgehend verschwiegen. Wir wissen, dass es teilweise klare Vorgaben der Chefredakteure gab, über uns nicht oder wenig zu berichten. Vor diesem Hintergrund ist es uns trotzdem gelungen, mit im Verhältnis zu den anderen Parteien bescheidenen Mitteln einen weitgehend flächendeckenden und engagierten Wahlkampf zu organisieren. Bei den Kreisverbänden möchten wir uns an dieser Stelle für ihren Einsatz im Wahlkampf bedanken, ebenso wie bei den Freundinnen und Freunden der Linkspartei, die uns aktiv unterstützt haben.

Wie schon bei der Bundestagswahl zeigt sich, dass wir in Baden-Württemberg einige Hochburgen haben, bei denen wir an die 5-Prozenthürde herankommen sind oder sie überschritten haben. Herausragend sind die Ergebnisse in Mannheim I (6,9 %), in Freiburg II (6,9 %), Pforzheim (5,5 %), Aalen (5,1 %), Mannheim II (4,8 %). Über 4 % haben immerhin Heidelberg, Schwetzingen, Karlsruhe II und Konstanz erreicht. Insgesamt kann auf dem Ergebnis für die Kommunalwahlen in drei Jahren aufgebaut werden.

Insgesamt gab es keinen bundespolitischen Trend, der uns bei den Landtagswahlen geholfen hätte. Die große Koalition hat sich mit ersichtlichem und spürbarem Sozialabbau zurückgehalten. Die Themen Rente mit 67 und Mehrwertsteuererhöhung haben offensichtlich nicht für einen Denkmittel ausgereicht. Es fehlte auch an einer Aufbruchstimmung für linke Politik, die wir noch bei den Bundestagswahlen hatten. Der Streik im öffentlichen Dienst, der ein hochgradig politischer ist hat über den Tarifbereich hinaus nicht zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung geführt. Die WASG hat sich völlig zu Recht ohne Wenn und Aber an die Seite der Streikenden gestellt. Das hat dort ohne Zweifel positive Resonanz gefunden.

Insgesamt ist der Landtagswahlkampf von den etablierten Parteien dröge und ohne politische Polarisierung geführt worden. Wider Erwarten hat die WASG in BaWü trotzdem ein besseres Ergebnis erzielt können als unsere Freund/innen in Rheinland-Pfalz.

Die Parteien der großen Koalition versuchen das Wahlergebnis in eine Bestätigung der großen Koalition umzu-dichten. Das ist grob fahrlässig. Bei einer Wahlbeteiligung von 53,4 % in Baden-Württemberg, 58,2 % in Rheinland-Pfalz und 44,4 % in Sachsen-Anhalt kann davon nicht gesprochen werden. Vielmehr deutet dies auf ein tiefes Misstrauen wachsender Bevölkerungsschichten gegenüber den etablierten Parteien hin.

Wir müssen uns damit beschäftigen, warum wir für diese Menschen derzeit keine wählbare Alternative, kein Hoffnungsträger für eine andere Politik sind. Warum ist es uns nicht gelungen, vom rapiden Wahlverlust der SPD stärker zu profitieren? Warum konnten die ökoliberalen Grünen und die neoliberale FDP relativ stark zulegen? Auch auf junge Menschen wirkt unsere Partei bisher wenig anziehend. Offensichtlich fehlt es uns auf dem Hintergrund von zwei Wahlkämpfen, die innerhalb von einem halben Jahr aus dem Boden gestampft werden mussten und den vielfältigen innerparteilichen Auseinandersetzungen etwas an Dynamik und Ausstrahlung. Die weitgehend stagnierende Mitgliederentwicklung ist auch ein kleiner Ausdruck davon. Der Streit um den Wahlantritt der WASG in Berlin war für die Wahlkämpfe in BaWü und Rheinland-Pfalz nicht gerade hilfreich.

Deshalb wird es bei der gemeinsamen Auswertung des Landtagsergebnisses auch darauf ankommen, unser Profil zu schärfen und unsere Ausstrahlung zu verbessern, in dem wir bei den

Wahlkampfabschlussveranstaltung am 23. März: **Oskar Lafontaine kommt nach Mannheim**

Gut 2500 Menschen bereiteten Oskar Lafontaine einen begeisterten Empfang, als er am 29.8.2005 als Bundestagskandidat auf dem Mannheimer Marktplatz sprach.

Jetzt kommt Oskar als Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion wieder nach Mannheim. Am 23. März wird Lafontaine im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung etwa gegen 20:00 Uhr erneut auf dem Mannheimer Marktplatz sprechen. Oskar Lafontaine unterstützt mit seinem Auftritt die beiden Mannheimer Kandidaten Gudrun Kuch (Wahlkreis 35 – Mannheim Nord) und Bernd Merling (Wahlkreis 36 – Mann-



Oskar Lafontaine am 29.8.2005 vor 2500 Menschen auf dem Mannheimer Marktplatz. (Fotos: Tatjana Merling)



Themen, die die Menschen beschäftigen in größerem Maße politikfähig werden. Ebenso müssen wir überlegen, wie die Orts- und Kreisverbände weiter gestärkt und unsere Mitgliederbasis ausgebaut werden kann.

Aus unserer Sicht haben die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bestätigt, dass es in Deutschland keinen Spielraum für zwei linke Parteien gibt. Die Herausbildung einer politikfähigen linken Partei ist deshalb eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Zeit. Wir wollen diesen Prozess so attraktiv gestalten, dass das Projekt einer neuen linken Partei auch für interessierte Menschen aus anderen politischen Zusammenhängen (Gewerkschaften, soziale Gruppen, Globalisierungskritiker) attraktiv ist. Der Landesvorstand wird in Kürze eine erste landesweite Konferenz anbieten, die den Aufschlag für die Diskussion in Baden-Württemberg bildet und wie der weitere Diskussionsprozess produktiv gestaltet werden kann.

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg bildet einen wichtigen Erfahrungswert für die weitere Arbeit des Landesverbandes.

Für den Landesvorstand
Bernd Riexinger, u.w.

Gutes Ergebnis auf dem Weg zu einer gemeinsamen Linken

Zum Landtagswahlergebnis der WASG in Baden-Württemberg erklärten am 27.3. für die Linkspartei Landessprecherin Elke Lison und Landessprecher Bernhard Strasdeit:

Für den Einzug in den Stuttgarter Landtag haben die 3,1 % der Wählerstimmen nicht gereicht. Das ist schlecht für Baden-Württemberg. Dennoch ist dieses Landtagswahlergebnis aus dem Stand heraus ein respektables Ergebnis und ein gutes Ergebnis auf dem Weg zu einer gemeinsamen Linken. Wir haben begonnen, linke Landespolitik zu formulieren. Der Wahlkampf wurde gemeinsam geführt. Es gab gute und solidarische Zusammenarbeit.

Das Wahlergebnis gibt auch einen klaren Hinweis darauf, dass keine der beiden linken Parteien in der Lage ist, das politische Feld links von SPD und Grünen allein zu bestellen. Bis zum Sommer nächsten Jahres wollen wir deshalb eine neue Partei bilden, in der sich möglichst alle Mitglieder beider bestehenden Parteien wieder finden, die aber auch offen ist für Anliegen, die aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen heraus formuliert werden.

Wir werden diese Debatte im Parteilbildungsprozess öffentlich führen und mit gesellschaftspolitischen Initiativen verbinden wie gegen die Auswirkungen der Agenda 2010, Hartz IV und weiteren Sozialabbau, für ein gerechtes öffentliches Gesundheitssystem, für eine bessere und kostenlose Betreuung und Bildung unserer Kinder, für mehr und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze, gegen Studiengebühren, für ein gerechtes Rentensystem, gegen Kinder- und Altersarmut, für Abrüstung und den Stopp aller Rüstungsexporte, gegen Krieg und die Beteiligung der Bundes-

wehr an Auslandsabenteuern, wie das jetzt im Kongo geplant ist.

Überdurchschnittlich gut hat die WASG dort abgeschnitten, wo sie den Wahlkampf mit kommunalen Aspekten verknüpft hat, so in Mannheim I (6,9 %), Freiburg II (6,9 %), Pforzheim (5,5 %) und Aalen (5,1%). Die kommunalpolitische Untersetzung der Linken im Land wird eine zentrale Aufgabe der nächsten Monate und Jahre sein. Die Erfahrungen linker Kommunalpolitik in Freiburg, Heidenheim, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Stuttgart und Tübingen sollen dafür genutzt werden.

Landtagswahl in Konstanz: Rück- und Ausblick

Stellvertretend für alle 70 Wahlkreise bringen wir einen Bericht aus dem Wahlkreis Konstanz.

Sehen wir es doch realistisch: Mit einem landesweiten Anteil von 3,1% der Wählerstimmen hat die WASG/die Linke ein anständiges Ergebnis erzielt. Für eine Partei, die noch nicht einmal ein Jahr alt ist, konnte man kaum mehr erwarten.

Im Wahlkreis Konstanz kamen wir auf 4,1%, in der Stadt Konstanz sogar auf 4,9%. Auch das Ergebnis im Wahlkreis Singen mit 3,5% liegt deutlich über dem Landesschnitt und ist mehr als ein Achtungserfolg. An dieser Stelle auch einen herzlichen Dank an unsere MitstreiterInnen in Konstanz, Singen, Radolfzell und Stockach.

Kaum jemand hätte gedacht, dass wir es schaffen, alle 70 baden-württembergischen Wahlkreise mit KandidatInnen zu besetzen und somit flächendeckend antreten zu können. Aber es hat geklappt und das Resultat zeigt deutlich: Jenseits der politischen Flickschusterei aller Altparteien und des fortgesetzten Abbaus von Sozialleistungen gibt es durchaus Platz für eine Politik links von der christdemokratisierten Sozialdemokratie. Da auch die Grünen längst zur biedereren Mittelstandspartei mit einem verschämten Rest von Ökotouch verkommen sind, ist es Zeit für eine basisdemokratische neue Linke, als deren Vorboten man uns – trotz parteiinterner Querelen und Irritationen – durchaus bezeichnen kann. So wie es aussieht, wird es den Zusammenschluss zwischen WASG und Linkspartei.PDS geben, die Urabstimmung hat ein klares Ergebnis gebracht. Diese Fusion ist meiner Meinung nach der einzig gangbare Weg. Wenn wir ihn nicht Streitbar, solidarisch und konsequent beschreiten, dann wird unser

Traum von einer gerechteren Gesellschaft auf lange Jahre hinaus ein jähes und schmerzliches Ende finden.

Die hervorragende Zusammenarbeit im Landkreis Konstanz zwischen PDS und WASG war richtungsweisend aber auch verpflichtend für die nächsten Jahre.

Nun geht es darum, politisch vor Ort präsent zu sein und auf die kommenden Kommunalwahlen hinzuwirken. Rechnen wir die Prozente der Landtagswahlen hoch, dann besteht durchaus die realistische Chance, zum Teil in Fraktionsstärke in die Gemeinderäte einzuziehen. Das sollte, ja, das muss unser Ziel sein. Es liegt an uns allen, diesem Ziel auch näher zu kommen.

Holger Reile



Stephan Schleuter

Soziale Gerechtigkeit - statt Reichtum für wenige

WASG DIE LINKE
Alternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit
Die Wahlalternative www.wasg-bw.de

Wie allgemein bekannt ist, brach unser Genosse Stephan Schleuter während der Veranstaltung mit Gregor Gysi mit einem Herzinfarkt zusammen. Das war für uns alle ein traumatisches Ereignis, das uns seitdem nicht losgelassen hat.

Stephan ist nun in einer Reha-Klinik und kämpft immer noch um seine Gesundheit. Wir sind bei ihm und hoffen...

Aufbruchsignal für neue Linke: Soziale Gerechtigkeit

von Ulrich Maurer (MdB), Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Die Linke. im Bundestag



Die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 26. März haben recht unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Gewiss waren die Erwartungen höher, insbesondere in Rheinland-Pfalz. Zugleich darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Strukturen der WASG erst im Aufbau begriffen sind und somit in den Flächenländern noch nicht greifen können. Anders sieht die Lage auf der kommunalen Ebene aus, wie einige beachtliche Resultate in Hessen belegen. Daran muss angeknüpft werden, um schließlich auch den Weg in die Landtage zu finden. Die Einzelergebnisse der Wahlen belegen im übrigen eindrucksvoll, dass dort, wo beide Parteien harmonisch zusammenarbeiten und als die Linke auftreten, besonders gute Ergebnisse erreicht wurden, während Disharmonie oder gar getrenntes Auftreten sich katastrophal auswirkten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Erwartungen unserer Wählerinnen und Wähler an die Linke wesentlich ungeduldiger sind als die zögerliche Behäbigkeit eines Teils der Funktionsträger in beiden Parteien. Das Volk hat nicht die Geduld, seine Hoffnungen, die es auf uns setzen möchte, so lange zu vertagen, bis auch noch der letzte Sessel oder die letzte lieb gewordene Gewohnheit verteidigt wurde. Wir arbeiten an einem Parteibildungsprozess, der offensichtlich

beschleunigt werden muss. Und um es klar zu sagen: Eine Partei braucht gemeinsame Überzeugungen, organisatorische Schlagkraft und ein Mindestmass an Disziplin. Sie ist keine Strömungsholding unter deren Dach jeder machen und vertreten kann, wozu er lustig ist. Noch deutlicher: Weder beginnt der Weg zum demokratischen Sozialismus mit dem Verkauf des öffentlichen Eigentums, noch sind wir als Trainingsgelände für die von England aus gesteuerten UNterwanderungsbemühungen einer SAV bestimmt. Natürlich wird die Linke Flügel haben und immer währende Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs, aber es muss eine gemeinsame Basis von Grundüberzeugungen geben, die auch von allen durchgehalten werden.

Eine andere Ebene stellt die gemeinsame Fraktion im Bundestag dar. Hier können wichtige Erfolge der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit bilanziert werden. An erster Stelle ist unsere Forderung nach einer verbindlichen Festlegung eines Mindestlohnes zu nennen. Damit haben wir eine Diskussion in Gang gesetzt, an der die Große Koalition nicht vorbei kann. Daneben gab es verschiedene Initiativen zur schrittweisen Zurückdrängung der Hartz IV-Politik (etwa die Angleichung und Anhebung der Beträge in Ost und West oder die Herausnahme der „1-Euro-Jobs“ aus der Berechnungsgrundlage für die Rentenanpassung) sowie Forderungen nach der Schaffung eines einheitlichen Umweltschadens oder dem Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, um nur einige zu nennen. Zugleich eröffnen sich hier neue Felder, die ein Miteinander unumgänglich machen – siehe die Pläne der Bundesregierung in Sachen Gesundheitsreform, Verschärfung der Durchführungsvorgaben von Hartz IV oder die geplanten neuen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Und gerade hier muss die außerparlamentarische Opposition unbedingt verstärkt werden und in gemeinsamen Aktionen münden. Daher ist die Basis beider Seiten zur Mobilisierung aufgerufen, wobei die Gewinnung weiterer Mitstreiter aus anderen sozialen Gruppen und Bewegungen nicht aus dem Auge zu verlieren ist. Somit ist auch jeder einzelne aufgerufen, sich aktiv in das Projekt einer neuen linken Partei in Deutschland einzubringen.

Mogelpackung „Reichensteuer“

von Axel Troost (MdB)

Die SpitzenpolitikerInnen von CDU/CSU und SPD haben sich geeinigt: Die Reichensteuer soll ab 2007 kommen, und zwar genau wie im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot angekündigt. Die Reichensteuer bleibt aber reine Symbol-

politik, für soziale Gerechtigkeit sorgt sie nicht. Sie ist nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern bringt kaum zusätzliche Einnahmen.

Das Vorhaben der Großen Koalition konkret: Ab 2007 sollen diejenigen, die im Jahr mehr als 250.000/500.000 € verdienen (Ledige/Verheiratete), einen Einkommensteuer-Spitzensteuersatz von 45% statt 42% zahlen. Das gilt – wie im Koalitionsvertrag geplant – nicht für gewerbliche Einkommen. Im Klartext: Für Unternehmer, die dem Einkommensteuerrecht unterliegen, gilt die Reichensteuer nicht. Das Finanzministerium hatte in der letzten Woche darauf hingewiesen, dass diese Ausnahme verfassungsrechtlich bedenklich sei. Die Große Koalition setzt sich nun über diese Einwände hinweg. Sie glaubt, verfassungsrechtliche Bedenken mit dem Verweis auf die ohnehin geplante Unternehmenssteuerreform zerstreuen zu können.



Diese Ausnahme ist gleichzeitig einer der Gründe dafür, dass die Reichensteuer faktisch kaum wirkt: Das IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) schätzt das zusätzliche Steueraufkommen durch die Reichensteuer – in der Form, wie sie im Koalitionsvertrag beschlossen wurde und wie sie nun umgesetzt werden soll – auf 200 bis 300 Mio. € pro Jahr (IWH-Pressemitteilung 43/2005). Wörtlich schreibt das Institut: „Die steuerlichen Mehreinnahmen dürften kaum zu Buche schlagen“. Nur zum Vergleich: Diesen 200 bis 300 Mio. € stehen rund 17 Mrd. gegenüber, die allein durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 2007 jährlich mehr eingenommen werden und die von der Masse der Bevölkerung zu tragen ist.

Die Alternative: Die Senkungen des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes der letzten Jahre müssen rückgängig gemacht werden. Der Spitzensteuersatz belief sich im Jahre 2003 noch auf 48,5%, für Einkommen ab 55.000 €. Das würde etwa 6,5 Mrd. € Mehreinnahmen bringen, also grob das 20fache der Reichensteuer.

Die Reichensteuer ist deshalb eine Mogelpackung. Die wirklichen Lasten werden von der breiten Bevölkerung getragen, die Reichensteuer trifft nur ganz wenige. Schwarz-Rot klebt damit der eigenen Politik das Etikett „sozial gerecht“ auf – in Wirklichkeit ändert sich an der Umverteilung von unten nach oben wenig.

In dieses Bild passt, dass sich die Groß-Koalitionäre über die rechtlichen Bedenken der FachbeamtenInnen hinwegsetzen: Schwarz-Rot beschließt heute eine juristisch schlampig gemachte Reichensteuer. Wenn die später von den Ge-

Bildungsfahrt nach Berlin

Noch sind einige Plätze frei. Auf Einladung von MdB Ulrich Maurer findet statt vom 10.7. bis 13.7.

eine politische Bildungsfahrt aus der Region Stuttgart nach Berlin statt. Auf dem Programm stehen u.a. ein Besuch im Deutschen Bundestag, Gespräche mit Abgeordneten, Besuch eines Ministeriums, Stadtrundfahrt, Haus der Berliner Wannsee-Konferenz, etc.

Interessierte melden sich schriftlich an im Abgeordnetenbüro von Ulrich Maurer, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart; ulrich.maurer@wk.bundestag.de. Bitte Name, Postanschrift, Geburtsdatum, Telefon oder Email angeben.

richten kassiert wird, werden Beck und Co. den Schwarzen Peter den Gerichten zuschieben nach dem Motto „Wir wollen ja mehr Gerechtigkeit, aber das Verfassungsgericht hat's verboten“.

Gleicher Zugang zu medizinischen Leistungen für alle

Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch am 5. April zum Spitzentreffen der Koalition zur geplanten Gesundheitsreform

Die Linkspartei erwartet von der Bundesregierung, dass im Rahmen einer gesetzlichen solidarischen Bürgerversicherung für alle auch alle Einkommensarten in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden. Gesundheit ist kein Gut, dessen Finanzierung zukünftig ausschließlich an den Lohn- bzw. den Arbeitnehmerstatus gebunden sein darf. Die Privatversicherungen müssen zukünftig wie die gesetzlichen Versicherungen auch jeden aufnehmen, der Mitglied werden will. Erst dann herrscht wirklicher Leistungs-Wettbewerb zwischen den Versicherungen und eine echte Wahlmöglichkeit für die Versicherten. In einem weiteren Schritt kann dann die private Krankenversicherung zur freiwilligen Zusatzversicherung werden. Die Linkspartei fordert, dass der Zugang zu medizinischen Leistungen wieder für alle gleich wird und die Diskriminierung der gesetzlich Versicherten gegenüber den privat Versicherten beendet wird – bei der Terminvergabe, bei der Arztwahl, bei der Vergabe und Bereitstellung medizinisch notwendiger Leistungen. Das Gesundheitssystem birgt eine Reihe von Effizienzreserven, die erschlossen werden sollten. Beispiel sind: Die radikale Reduzierung von Krankenkassen kann Verwaltungskosten einsparen. Die Abrechnungsapparate der Kassenärztlichen Vereinigungen können entbürokratisiert werden. Die patentrechtlich fixierten Gewinnmargen der Pharmakonzerne können auf die Refinanzierung der Forschungsausgaben für wirklich innovative Medikamente beschränkt werden. Schließlich: die wichtigste Effizienzreserve des Gesundheitssystems ist die Prävention. Hierbei geht es nicht nur um die individuelle Lebensführung, sondern auch um die öffentliche Risikoprävention und Gefahrenvermeidung.

Gesundheit zählt zu den wichtigsten öffentlichen Gütern. Gleiche medizinische Versorgung für alle auf dem Niveau des medizinisch gebotenen Leistungsniveaus ist eine soziale Er-



rungenschaft, die auch für die Zukunft gesichert werden muss. Dafür muss die Gesundheitsreform jetzt die Weichen stellen. Unser Gesundheitssystem zählt zu den wirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsmotoren. Es wird auch in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Geld benötigen, um die Aufgaben in einer älter werdenden Gesellschaft erfüllen zu können. Doch mehr Geld ins System zu geben setzt voraus, dass es innerhalb des Systems sozial gerecht zugeht. Das betrifft sowohl die Finanzierung des Gesundheitssystems als auch den Zugang zu den medizinischen Leistungen.

Internationale Steuern und Abgaben müssen auf die politische Agenda – endlich auch in Deutschland!

Heute (21. April) tagt in Genf erstmals die „Ländergruppe zum Thema Soli-



daritätsabgaben für die Entwicklung“. Dazu, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (16/1072) bezüglich innovativer Entwicklungsfinanzierung und zum Antrag „Flugticketabgabe jetzt“ der Fraktion DIE LINKE. (16/1203) erklärt die Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion, Heike Hänsel:

International vereinbarte und koordinierte Steuern und Abgaben zur Entwicklungsfinanzierung sind eine überfällige Antwort auf die Globalisierung, die Akteuren auf den internationalen Finanzmärkten und multinationalen Konzernen steuerfreie Gewinne ermöglicht und zugleich die Entwicklungschancen vieler Menschen und Regionen blockiert.

Viele Ideen liegen auf dem Tisch: zum Beispiel die Wertpapierumsatzsteuer und Devisentransaktionssteuer (Tobinsteuer). Der politische Wille zu ihrer Anwendung wächst auf internationaler Ebene, siehe die Vorstöße aus Österreich, Belgien und Frankreich. In Deutschland leider: Fehlzanzeige. Das Bundesministerium von Frau Wieczorek-Zeul erklärt auf unsere Nachfrage kurz angebunden, die Bundesregierung beabsichtige derlei Maßnahmen zur Zeit nicht.

Selbst die Flugticketabgabe als erster und sehr bescheidener Schritt: in Frankreich und vielen anderen Ländern wird sie in diesem Jahr eingeführt. Wenn die Bundesregierung weiter abseits steht,

untergräbt sie den Erfolg dieser Maßnahme bei unseren Nachbarn. Auf unsere Frage nach der deutschen Unentschlossenheit antwortete die Bundesregierung – unentschlossen. Sie lässt keine Haltung zur Ticketabgabe und zu anderen innovativen Finanzierungsinstrumenten durchblicken.

Die Fraktion DIE LINKE. ist deshalb mit einem eigenen Antrag (16/1203) initiativ geworden. Wir fordern, dass die Flugticketabgabe nach französischem Vorbild auch in Deutschland eingeführt und dass ihr Aufkommen einem Fonds zur Finanzierung des Kampfs gegen Malaria, TBC und AIDS zugeführt wird. Dann kann sich die Bundesregierung auch aktiv an der Ausgestaltung des Fonds beteiligen: Profiteure dürfen nicht die Pharmariesen des Nordens sein. Vielmehr sollten Medikamente bei kleinen Generika-Herstellern im Süden eingekauft werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Beteiligung an der „Ländergruppe zum Thema Solidaritätsabgaben für die Entwicklung“ dazu zu nutzen, solche Formen internationaler Besteuerung auf die Agenda zu setzen, die die Globalisierungsgewinner, die großen transnationalen Konzerne, stärker zur Entwicklungsfinanzierung heranziehen.

(21. April 2006)

Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen!

Karin Binder MdB



Die Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist in vielen Bereichen noch nicht verwirklicht. Frauen sind im Erwerbsleben nach wie vor massiv benachteiligt. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Sie bekommen laut einer Studie der Hans Böckler-Stiftung bis zu 20% weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen allein aufgrund ihres Geschlechts. Über zwei Drittel der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind weiblich. Der Anteil der Frauen, die weniger als 15 Stunden wöchentlich erwerbstätig sind, hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt. Damit sind wir zurück beim klassischen „Ernährermodell“. Mann geht arbeiten – sofern er noch Arbeit hat – Frau ist wieder für die Familie und Hausarbeit zuständig und verdient dazu – in Lohnsteuerklasse 5. Dieses staatlich

geförderte ErnährermodeLL ist ein kulturelles und sozialpolitisches Relikt aus dem 19. Jahrhundert. Es hat nichts, aber auch gar nichts mit Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu tun. Abgesehen davon geht es auch gesellschaftspolitisch an den Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorbei.

Die Linke im Bundestag fordert deshalb dringend die Einführung eines Gleichstellungsgesetzes in der Privatwirtschaft. Freiwillige Regelungen reichen nachweislich nicht aus.

Wir müssen dafür sorgen, dass Frauen und selbstverständlich auch Männer von ihrem Einkommen leben können. Dazu brauchen wir neue Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodelle und dazu ist die Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors dringend erforderlich. Wir brauchen existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und einen staatlich festgelegten Mindestlohn statt 1 Euro Jobs, Minijobs und Niedriglohntarife. Wir brauchen dringend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das nicht nur auf dem Papier. In Deutschland gibt es auch heute noch viele Ecken speziell im Westen, wo die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienpflichten schlicht unmöglich ist.



**Linke
Frauen**
Baden-Württemberg

Aufruf zur Mitarbeit

Frauen machen Politik in Baden-Württemberg

Welche Strukturen sind für eine linke Frauenpolitik notwendig, welche Bündnisse, welche strategischen Einstiegsprojekte wollen wir?

Welche konkreten Schritte können wir für die Zukunft vereinbaren, an welche alternativen Formen des Politik-Machens können wir anknüpfen?

Mit Offenheit, Transparenz, Verständlichkeit und Kompetenz Zeichen setzen in der Geschlechtergerechtigkeit Macht mit!

Karin Binder MdB

Heidi Scharf Mitglied im BuVo WASG

Ute Gsöls-Puhl WASG LaVo BW

Silvia Ofori WASG LaVo BW

Anne Maike Rahlfs die Linke LaVo BW

Julia Günther [solid] LSPR BaWü

Infos und Kontakt unter: ugp@karinbinder.de



Infos und Unterschriftenlisten im Internet unter:

www.frauenrat.de

In Baden-Württemberg gibt es für Kinder unter drei Jahren so gut wie keine Betreuungsangebote.

Auf 1 000 Kinder kommen circa 13 Betreuungsplätze. Wie soll da eine junge Mutter ihre gute Qualifikation erhalten?

Solange es in der Bundesrepublik keine ausreichende Kinderbetreuung gibt und solange in der Regel Frauen diesen Mangel auffangen müssen, kann keine Rede von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt sein.

Wenn wir soziale Gerechtigkeit wollen, müssen wir Geschlechtergerechtigkeit schaffen!

Zu diesem Thema gibt es einen Antrag der Linksfraktion der in den Bundestag eingebracht wurde. Der Antrag ist nachzulesen auf der Web-Seite von Karin Binder unter der Rubrik Anträge.

Zur Aktion: Abpfiff – Schluss mit Zwangsprostitution

Mit großen Schritten bereitet sich ganz Deutschland auf die WM vor. Kein Sender, kein Laden, keine Ecke, die uns nicht schon lange auf das freudige Ereignis hinweist. Von den Schattenseiten, die ebenfalls mit der WM kommen, berichten allerdings nur wenige.

Rund um die WM wird auch die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen ansteigen, wie von vergleichbaren Großveranstaltungen bekannt ist. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass damit der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung (Zwangsprostitution) ebenfalls anwächst. Menschenhandel und Zwangsprostitution aber sind schwere Menschenrechtsverletzungen. Die Betroffenen, insbesondere Frauen, sind physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt.

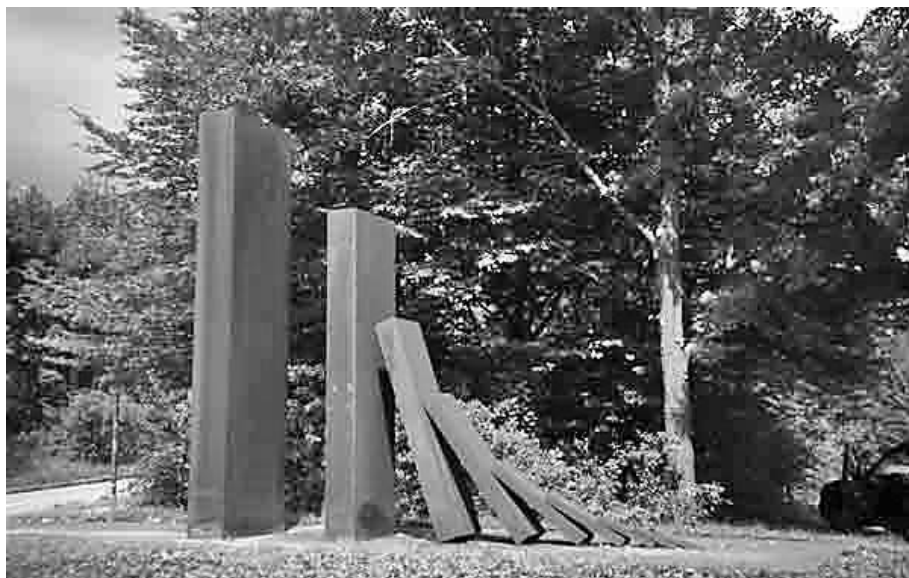
Dank des Deutschen Frauenrats und anderer Verbände und Initiativen wurde das Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution in den letzten Wochen in die Öffentlichkeit gerückt. So startet der Frauenrat zusammen mit anderen gesellschaftlichen Verbänden (z.B. amnesty und dem DGB) eine Un-

terschriften- und Aufklärungsaktion zum Thema und im Bundestag wurde u.a. auf Initiative der Karlsruher Bundestagsabgeordneten Karin Binder das Thema diskutiert. Karin Binder forderte dort, zusammen mit ihren Kolleginnen, vor allem auch die Stärkung der Rechte der Opfer.

Karin Binder kritisiert, dass die Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel häufig als Beschuldigte behandelt werden, da sie gegen das Aufenthaltsgesetz verstoßen haben. Sollten sie dennoch als Opfer von Menschenhandel von den zuständigen Behörden erkannt werden, haben sie nur vier Wochen Zeit, sich zu überlegen, ob sie gegen die Täter bzw. Täterinnen aussagen wollen. Nur wenn sich die Frauen für eine Aussage entscheiden, erhalten sie eine Duldung. Dieser Zustand ist aus Sicht von Karin Binder so nicht haltbar. Die Frauen müssten stattdessen wenigstens sechs Monate Zeit haben um so weit reichende Entscheidungen zu treffen, nach denen die Frauen oft massiven Bedrohungen ausgesetzt sind.

„In diesem Zusammenhang werden betroffene Frauen nur nach strafprozessualen Nützlichkeitskriterien instrumentalisiert anstatt die Frauen zunächst als Opfer zu betrachten und vor weiteren Belastungen zu schützen. Wichtig und richtig wäre es, den betroffenen Frauen aus humanitären Gründen ein Bleibeerecht zu erteilen, und zwar unabhängig davon, ob sie aussagen wollen oder nicht“, so Karin Binder.

Die Initiative der Karlsruher Bundestagsabgeordneten fordert den Opfern ausreichend Therapie- und Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, um ihnen bei der Verarbeitung ihrer Traumata zu helfen. Sie müssten in Einzelwohnungen untergebracht werden, und nicht in Sammelunterkünften. Ebenfalls kritikwürdig ist die Tatsache, dass die schwer traumatisierten Frauen auch noch finanziell in eine prekäre Situation gebracht werden könnten. Sie erhalten lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das sind noch mal ca. 30% weniger als Hartz IV-Empfänger und Empfängerinnen bekommen, die ja auch schon unterhalb der Armutsgrenze liegen.



Ulmer Deserteursdenkmal, konzipiert und 1989 erstellt von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung der Ulmer Künstlerin Hannah Stütz-Menzel. Zunächst in einem Privatgarten, seit 2005 endgültig aufgestellt vom Friedensnetzwerk Ulm im Lehretal, gegenüber dem Eingang des Botanischen Gartens.

Ulmer EU-Kommando auch im Kongo-Militäreinsatz involviert – Andenken an Deserteure in Ulm unterstützen

ULM, 28.2.: Nach seinem Truppenbesuch im „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in der Ulmer Wilhelmsburgkaserne am gestrigen Montag, erklärt Tobias Pflüger, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments und Koordinator für die Linksfraktion im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung:

„Das ‚Kommando Operative Führung Eingreifkräfte‘ in Ulm ist ein hochmobiles operatives Hauptquartier (im Militärjargon: Force Headquarter / (FHQ), das Einsätze im Einsatzland führen wird. Das FHQ ist direkt untergeordnet dem so genannten Operation Headquarter (OHQ), wie im Einsatzführungskommando in Potsdam eines von derzeit drei innerhalb der EU vorgehalten wird. Weltweite EU-Militäreinsätze sind ohne das ‚Kommando Operative Führung Eingreifkräfte‘ nicht möglich. Das ‚Kommando Operative Führung Eingreifkräfte‘ soll aber auch grundsätzlich für NATO-Militäreinsätze zur Verfügung stehen.

Mir wurde seitens des kommandierenden Befehlshaber Generalmajor Jan Oerding bestätigt, dass von Ulm weltweite EU-Militäreinsätze geführt werden sollen. Schon jetzt bei der Führung des geplanten EU-Militäreinsatzes im Kongo wird das Ulmer Kommando personell vertreten sein. Mehrere Verbindungsoffiziere werden für den Kongo-Einsatz in das zuständige militärisch-strategische EU-Hauptquartier (OHQ) im Potsdamer Einsatzführungskommando abgestellt.“

Begleitet wurde der Europaabgeordnete bei diesem Informationsbesuch im Rahmen seiner Rundreise zu verschiedenen für deutsche und EU-Militäreinsätze relevanten Standorten von Johanna Nimrich, Mitglied der Ulmer Friedensbewegung. „Es wurde eindrücklich belegt, dass in der EU-weiten Hierarchie der militärischen Befehlsstruktur das Ulmer Kommando eine bedeutende Position einnimmt“, so Johanna Nimrich nach dem Besuch.

Im Anschluss an den Truppenbesuch legte Tobias Pflüger zum Gedenken an die vielen Deserteure vergangener Kriege eine weiße Rose am Ulmer Deserteursdenkmal nieder. Dieses hat nach zwanzigjährigen Bemühungen endlich im vergangenen Winter einen würdigen Platz an historischer Stelle gefunden, an welcher, während des Nationalsozialismus Erschießungen von Deserteuren stattfanden. „Es ist gut und wichtig, dass es Deserteursdenkmäler gibt, denn



Tobias Pflüger beim Ostermarsch in Ulm

die besten Soldaten sind immer noch diejenigen, die desertieren“, so der EU-Parlamentarier.

„Um die noch fehlenden 3000 Euro für den Transport des Denkmals an seinen jetzigen Standort zusammen zu bekommen, steige ich mit einer Anschubfinanzierung von 10% dieser Summe ein. Hoffentlich fühlen sich jetzt möglichst viele ermutigt, die Restfinanzierung zu decken, um das Andenken an Deserteure auch gerade in der Stadt der Geschwister Scholl zu unterstützen“, so Pflüger auf der gut besuchten Abendveranstaltung in der vh (Volkshochschule) Ulm.

Ostermarsch am 15. April in Ulm

Am landesweiten Ostermarsch nahmen über 500 Menschen teil. Tobias Pflüger (MdEP) sagte: „Der deutsche Verteidigungsminister Jung täuscht die Öffentlichkeit über den wahren Charakter der EU-Militärintervention im Kongo. Im Gegensatz zu allen offiziellen Verlautbarungen, ist ein umfangreicher, zeitlich und räumlich unbeschränkter Militäreinsatz unter Beteiligung der Bundeswehr in der DR Kongo geplant. Bereits nächste Woche soll im EU-Parlament einer Kongo-Militärintervention „vorab“ zugestimmt werden. (Anm.: inzwischen verabschiedet!). Diese Entwicklung ist in hohem Maße besorgniserregend. Ein EU-Militäreinsatz würde lediglich dafür sorgen, dass die EU-Militarisierung noch weiter vorangetrieben wird. Eine Afrikapolitik, die sich in die Tradition des militärischen Interventionismus der ehemaligen europäischen Kolonialmächte in Afrika einreicht, darf keine europäische Legitimation erhalten. Es ist beschämend, dass die EU, die mit dafür verantwortlich ist, dass lediglich 10% der von der UN angeforderten humanitären Hilfe für die DR Kongo geleistet wird, kein Problem damit hat, für einen gefährlichen Militäreinsatz, Mittel locker zu machen.“ Dann sprachen Leni Breyemeier, stv. DGB Landesvorsitzende und Major Florian Pfaff, Verweigerer völkerrechtswidriger Befehle, mit seinem Appell „Herr Minister, meine Damen und Herren, beenden Sie das Trauerspiel, dass die Bundeswehr Soldaten wie mich dazu aufruft, auf Befehl auch gegen das Grundgesetz und das Strafgesetz zu handeln und Befehlen zum Führen von verfassungswidrigen Kriegen nachzukommen! Kehren Sie auf den Boden des Grundgesetzes zurück. Machen Sie sich bewusst, dass Sie nur rechtmäßige Befehle erteilen dürfen!“. Nun sprachen Vertreter der Ulmer Initiative für die Würdigung der Mahnmahl für Deserteure und Kriegsverweigerer zu den Teilnehmern. Ulm ist die Stadt des Kriegsgegners Albert Einstein und der Widerstandsgruppe Weiße Rose um

die Geschwister Scholl. Ulm ist die Stadt der Menschenkette und des gewaltfreien Widerstands gegen die Stationierung von Atomraketen. Ulm ist aber auch die Stadt, in der das „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ entsteht, das bis Sommer 2006 fertiggestellt werden soll. Während das Einsatzführungskommando der Bundeswehr, in Potsdam, als „Generalstab“ ein stationäres Hauptquartier bildet, sollen in Ulm eine verlegbare Kommandozentrale, für das jeweilige Einsatzgebiet, aufgebaut werden. Das Ulmer Kommando, wird beispielsweise Kampfeinsätze unter EU Flagge kommandieren, zu denen die so genannten „battle groups“ der EU abgestellt werden.

Der Beitrag der Ulmer Teilnehmer, zum Erhalt des Friedens, ist deshalb gerade in Zeiten, in denen die Regierung mehr oder weniger offen auf die Unterstützung des aggressiven US Kurses, unter Beibehaltung eigener Interessen abzielt, von großer Bedeutung: Sich nicht unterkriegen zu lassen und den Äußerungen von Merkel und Co. entgegenzutreten.

Thomas Mitsch, Kreisvorstandssprecher WASG Esslingen

Der Streik war notwendig und hat sich gelohnt!

Der Streik in den baden-württembergischen Kommunen war der härteste und längste in der Geschichte des öffentlichen Dienst. 9 Wochen Streik waren notwendig um einen Tarifabschluss zu erzielen. Es war eine reine Abwehrschlacht, die ver.di gegen die von den Arbeitgebern angestrebte Verlängerung der Arbeitszeit auf 40-Stunden geführt hat. Bei oberflächlicher Betrachtung hat ver.di 9 Wochen gestreikt mit dem Ergebnis einer Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde.

Bei tiefergehender Betrachtung entspricht das Tarifergebnis dem tatsächlichen Kräfteverhältnis und ist ein Erfolg, der von der überdeutlichen Mehrheit der Streikenden auch als solcher bewertet wird. Die nicht gerade gewerkschaftsfreundliche Stuttgarter Zeitung kommentiert den Abschluss folgendermaßen: „Doch haben die Arbeitgeber – verglichen mit ihrer Ausgangsposition wenig erreicht. Die gut organisierten Belegschaften in den Baden-Württembergischen Großstädten haben dem Verband seine Grenzen aufgezeigt.“ (Stuttgarter Zeitung vom 6.4.06).

In der Tat ist es in erster Linie den Streikenden in den Großstädten, die die Hauptlast des Streiks getragen haben zu verdanken, dass nicht nur die 40-Stunden-Woche verhindert wer-

den konnte, sondern überhaupt noch ein Tarifabschluss durchsetzbar war. Bis zum Schluss waren wesentliche Teile der kommunalen Arbeitgeber nicht bereit, diesem Abschluss zuzustimmen. Sie wollten ver.di ein Tarifdiktat aufzwingen oder gar keine Tarifverträge mehr abschließen. Die Option, in einen tariflosen Zustand zu gehen, war nach 3 oder 4 Wochen Streik vielleicht noch vorhanden, nach 9 Wochen wäre dies jedoch von vielen Streikenden als Niederlage verarbeitet worden. Bei einer Fluktuationsrate in den Krankenhäusern zwischen 10 und 15 % hätte dies nicht nur in kürzester Zeit gespaltene Belegschaften hervorgebracht, sondern in Lauf der Jahre wäre es immer schwieriger geworden, einen für alle geltenden Tarifabschluss durchzusetzen. Gerade in den Landkreisen und großen Teilen der Mittelstädte, in denen einerseits die Hardliner auf der Arbeitgeberseite sitzen, andererseits ver.di nicht besonders streikstark ist hätte ein tarifloser Zustand eine Deregulierungswelle in Gang gesetzt.

Ver.di ist stärker geworden

Wichtiger als die Bewertung des Ergebnisses ist die Bewertung und Dynamik des Streikes selbst. Allein in Stuttgart waren an jedem Streiktag zwischen 1000 und 5000 Beschäftigte im Streik. Jeden Tag fand eine große oder fanden mehrere Teilstreikversammlungen statt auf denen mit allen Streikenden der Stand der Auseinandersetzung und das weitere Vorgehen beraten wurden. Fast jede Woche wurde mindestens eine große Demonstration mit Kundgebung in der Stuttgarter Innenstadt organisiert. In diesem Prozess ist eine demokratische Streikkultur entstanden, auf die für zukünftige Auseinandersetzungen aufgebaut werden kann. Jeder Streikende/jede Streikende hat gewusst, wofür er/sie gestreikt hat.

Im Prozess des Streikes gab es einige Höhepunkte, die zur Politisierung des Streikes erheblich beigetragen haben. Dazu gehörte ohne Zweifel, dass dieser Streik von Anfang an als aktiver Streik geführt mit vielen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. 200000 Bürgerinfos wurden verteilt. 1000 Streikende aus Stuttgart und über 3000 aus BaWü sind an einem Arbeitstag nach Strasbourg gefahren und haben gegen die Dienstleistungsrichtlinie protestiert. Auf den Einsatz von privaten Müllentsorgern wurde mit der (spontanen) Blockade des Müllheizkraftwerkes reagiert (über mehrere Wochen hinweg). In den letzten 2 Streikwochen konnte die Streikstrategie verändert werden (der Begriff flexible Streikstrategie ist etwas irreführend). Es ging darum die Streiks unkalkulierbarer zu machen und länger durchzuhalten. Auf 6 Streikversammlungen mit ca. 2500 Leuten wurde über diese neue

Strategie diskutiert und sie wurde erfolgreich umgesetzt. Neu und vielleicht sogar streikentscheidend war auch, dass nicht nur die klassischen Arbeiterbereiche (Müllabfuhr, Bauhöfe, usw.) fast 9 Wochen z.T. ununterbrochen gestreikt haben, sondern auch „neue“ Bereiche, insbesondere Teile der Krankenhäuser und die Beschäftigten von Kindertageseinrichtungen spürbar und deutlich mehr als in der Vergangenheit gestreikt haben. Letztere in den Städten und z.T. in den Landkreisen in unerwarteter Größenordnung.

Schwächen und Konsequenzen

Die Schwäche von ver.di in der Fläche ist bei diesem Streik deutlich geworden. Hier muss organisatorisch nachgearbeitet werden. Der Einsatz von Privaten (insbesondere bei der Müllabfuhr) muss



von vorneherein als Option der Arbeitgeber einbezogen werden. Die Zerfledderung der Tarifbereiche im öffentlichen Dienst (der ÖPNV war nicht einbezogen, weil dort ein Spartentarifvertrag gilt) hat die Möglichkeiten von ver.di erheblich eingeschränkt ebenso wie die Situation bei den Flughäfen, die fast vollständig ausgefallen sind. Die Solidarität der anderen Fachbereiche, abgesehen von tatkräftiger Unterstützung einzelner Hauptamtlicher und der Verwaltungsangestellten sowie weiterer Einzelpersonen hielt sich in Grenzen, obwohl es um eine existenzielle Auseinandersetzung ging. Auch gemeinsame Aktionen mit der IGM und die praktischer Solidarität durch den DGB sind vorsichtig gesagt ausbaufähig. Auch die Unterstützung durch Gruppen und Kräfte der sozialen Bewegung war gering obwohl es doch um einen grundlegenden gesellschaftlichen Konflikt ging. Obwohl die öffentliche Sympathie für den Streik groß war, auch nachdem die veröffentlichte Meinung umgeschlagen ist, ist sie zu keinem Zeitpunkt in praktische Solidarität umgeschlagen. Über diesen Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung muss sich die Linke einige Gedanken machen.

Stuttgart, 24.4.06; Bernd Riexinger

Unabhängige Listen: Alternativen zum Verkauf der Stadtbau liegen auf dem Tisch!

Der Freiburger Oberbürgermeister Salomon will, dass Freiburg als erste Stadt nach Dresden seine städtischen Wohnungen an einen privaten Investor verkauft. Dagegen hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die ein Bürgerbegehren initiieren möchte. Wir dokumentieren hier eine Erklärung der Gemeinderatsfraktion „Unabhängige Listen“.

Freiburgs Doppelspitze Salomon und Neideck wirbt derzeit für ihre „Lösung“ aus dem haushaltspolitischen Tief: Nur mit dem Verkauf der Stadtbau (8900 Wohnungen) werde die Stadt wieder „handlungsfähig“. Und wenn nicht?

Dann, so drohen sie, gehe es ans Eingemachte – an eine Sanierung der Schulen sei dann ohnehin nicht zu denken.

1. Freiburg liegt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung (30.12.2004) von 1363 Euro in Baden-Württemberg keineswegs an der Spitze. Mannheim hat bald doppelt soviel, Ulm und Heilbronn etwa gleich viel. Im Schnitt waren es in Baden-Württemberg 1036 Euro/Einwohner.

2. Die aktuelle Notlage darf nie und nimmer dazu führen, gewachsene und für die Entwicklung der Stadt zentrale Strukturen wie den städtischen Wohnungsbestand zu zerstören. „Er bietet bezahlbaren Wohnraum und Geborgenheit für zigtausende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt“ (Architektenkammer).

3. Salomon und Neideck wussten, dass das Regierungspräsidium entweder die Erweiterung der Neuen Messe oder die Schulsanierung genehmigen werde, beides nur auf Basis von Krediten möglich. Sie haben die Erweiterung der Neuen Messe für 26 Mio. Euro durchgesetzt – und wollen jetzt den Verkauf der Stadtbau durchdrücken mit dem Argument, dass sonst das Regierungspräsidium den Nachtragshaushalt und PPP für die Sanierung der Schulen nicht genehmigt. Der Eindruck verfestigt sich: Das ist das Gegenteil von nachhaltiger, also an kommenden Generationen orientierter Politik, das ist nur noch Stückwerk, ohne jegliche über den Tag hinausgehende Konturen.

4. Die aktuelle Finanzlage zwingt keineswegs zum Verkauf der Stadtbau. Sie zwingt zum Umdenken: Die, die viel haben, müssen verstärkt zur Lösung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Nicht den Armen noch mehr ans Leder, sondern saftige Erhöhung der Gewerbesteuer! 10 Prozent mehr würden netto rund 10 Mio. Euro mehr Einnahmen erbringen. Die Sparkasse hat 2005

26 Mio. Euro Gewinn gemacht. Von einer 25-Prozent-Ausschüttung würden auf Freiburg 3 Mio. Euro entfallen. Die Stadtbau ist ein kerngesundes Unternehmen: Sie könnte städtische Grundstücke aufkaufen. Es gibt Alternativen zum Kurs von Salomon/Neideck, sie liegen auf dem Tisch.

Es brennt! Immer mehr Jugendliche in Stuttgart ohne Ausbildungsplatz

von Ulrike Küstler, Gemeinderätin
Linke.PDS – offene Liste

Stuttgart ist nicht Berlin. Stimmt, wir haben noch keine Berichte über ausufernde Gewalt an den Schulen. Damit beruhigten sich die Mitglieder des Schulbeirats Anfang April. Allerdings brachten die Berichte zur Situation der beruflichen Bildung in Stuttgart ziemlich viel beunruhigende Tatsachen auf den Tisch. Insofern brennt es auch in Stuttgart. Die Probleme liegen vor allem bei den Hauptschulen.

Dass in Stuttgart der Anteil der Hauptschulabgänger/-innen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, höher ist als in vielen anderen Städten und dass dieser Anteil in den letzten vier Jahren um fast ein Viertel gestiegen ist, wurde an dieser Stelle mehrfach berichtet und war auch Anlass eines Haushaltsantrags der Linkspartei.PDS für mehr Lehrerstunden und mehr Sozialarbeiter an den Schulen.

Was ebenso bedrückend ist: Auch in Stuttgart kriegt nur ein kleiner Bruchteil der Hauptschüler einen Ausbildungsplatz. In den Schulen, von denen im Schulbeirat berichtet wurde, sind es weniger als ein Fünftel der Abgangsklassen. Die anderen landen im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und danach meist in der Arbeitslosigkeit. Einige bekommen über das JobCenter einen Praktikumsplatz oder eine Arbeitsgelegenheit. Eine Berufsperspektive, die auch eine zufriedenstellende Lebensperspektive bietet, gibt es da nicht.

Der Numerus clausus und die Kosten für das Studium führen dazu, dass immer mehr Abiturienten Lehrstellen besetzen, vor allen in technischen und Dienstleistungsberufen. Oft studieren sie danach trotzdem, aber der Platz ist für andere Schulabgänger erst mal weg. Diese Verdrängung schiebt die Real-schüler in die Handwerksberufe, und die Hauptschüler gehen weitgehend leer aus. Nur einzelne Firmen haben bei der Einstellung von Auszubildenden eine Quote für die verschiedenen Schularten.

Ein weiteres Problem ist, dass immer mehr Schüler/-innen die Hauptschule ohne ausreichende Kenntnisse für eine

Lehre verlassen. So berichteten Hauptschullehrer, dass vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund nach acht Schuljahren in Mathematik keine Textaufgabe lösen können, weil sie den Text nicht verstehen. Wie deprimierend muss es für ein Kind sein, acht Jahre lang in einer Klasse mitgeschleppt zu werden und nichts zu verstehen. Wen wundert da das mangelnde Selbstbewusstsein und die große Resignation vieler Hauptschulabgänger, von der auch berichtet wurde. Man muss froh sein, dass das noch nicht zu mehr Aggression führt! Es ist unverständlich, dass im Schulbeirat die Meinung vorherrschte, an den Hauptschulen sei alles in Ordnung. Aber hier versagen nicht die einzelnen Kinder, sondern das Schulsystem.

Die miserable Lage ist bundesweit zu verzeichnen. Ein Vertreter der Arbeitsagentur berichtete, der Ausbildungspakt der Bundesregierung mit den Unternehmerverbänden sei ein Erfolg gewesen. Das wurde umgehend widerlegt vom Sprecher der Gewerblichen Schulen, der anhand von Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung darlegte, dass der genannten Zunahme von Ausbildungsplätze eine noch höhere Abnahme gegenübersteht und im Ergebnis weniger Lehrstellen vorhanden sind als vorher.

Bei den Mitgliedern des Schulbeirats riefen die Berichte Entsetzen hervor – als wären die Probleme nicht schon lange bekannt. Sie beruhigten sich aber mit Beispielen, wo Lehrer und Einzelinitiativen einigen Schüler/-innen helfen konnten. So hat der Bezirksbeirat Zuffenhausen zusammen mit Ehrenamtlichen und Firmen 24 Jugendliche untergebracht. Das ist schön, aber ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Eine Diskussion, wie die Probleme angepackt werden können, wurde nicht geführt. Die Stadträtin der Linkspartei.PDS stellte fest, dass der Ausbildungspakt nicht funktioniert hat. Sie forderte, dass die Ganztagschulen so ausgebaut werden müssen, dass benachteiligte Kinder mehr Unterricht und Unterstützung bekommen, dass die Angebote der Ganztagschulen kostenfrei sein müssen, damit nicht gerade die fernbleiben, die es am dringendsten brauchen, und dass an den Schulen mehr Schulsozialarbeit nötig ist. Dieser Diskussionsbeitrag wurde von der Bürgermeisterin Eisenmann und Sprecherin der CDU abgewürgt mit der Behauptung, er gehe am Thema vorbei. Die SPD hat den Antrag gestellt, eine Konferenz zu diesen Problemen und auch zu der Situation der U25, der unter 25-Jährigen, beim JobCenter durchzuführen. Es ist zu hoffen, dass dort die Tatsachen erneut auf den Tisch kommen und Lösungsvorschläge diskutiert werden können.

Schulfähigkeit: Stadt Stuttgart geht einen anderen Weg

„Fohlenpass“ ein vielversprechender Ansatz...

... auch wenn der Name vielleicht ein bisschen komisch ist. Es geht um die wichtige Frage der Schulfähigkeit der Kinder, wie sie dazu kommen und wie man das beurteilen kann. Die Landesregierung hat dazu einen riesigen Fragebogen erstellt, der jetzt erprobt wird und bereits ab dem Schuljahr 2006/2007 verpflichtend sein soll. Die Elternvertretungen und die Lehrgewerkschaft im Land haben das Machwerk bereits heftig kritisiert als unannehmbare Ausforschung. Die Sozialbürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch und der Jugendamtsleiter Bruno Pfeifle in Stuttgart kritisieren darüber hinaus, dass der Landesfragebogen vor allem die Defizite der Kinder feststellen will und eine einzige Person aufgrund von amtlichen (Papier-)Unterlagen in einem bürokratischen Akt die Schulfähigkeit feststellen soll.

Müller-Trimbusch und Pfeifle schlagen einen anderen Weg vor: Den Stuttgarter „Fohlenpass“ sollen die Kinder selbst, die Eltern und die Erzieherinnen gestalten. Das Kind stellt sich selbst vor, die Erzieherin soll die Fähigkeiten und Stärken des Kindes knapp darstellen, der Arzt soll das Ergebnis der Vorsorgeuntersuchung U9 (in knappen Hinweisen) und das Gesundheitsamt das Ergebnis der Einschulungsuntersuchung eintragen. Am Ende soll der Fohlenpass dem Kind und den Eltern gehören, die ihn den Lehrern beim Schuleintritt zeigen. Der „Fohlenpass“ ist so die Zusammenfassung der fördernden Beobachtung des Kindes, seiner Interessen, Stärken und Fortschritte, die beim Einstein-Prozess in den sog. Portfolios für jedes Kind ausführlich dokumentiert wird.

Nach Meinung der Sprecherin der Elternbeiräte im Jugendhilfeausschuss ist dieses Konzept akzeptabel. Dagegen wollen sich die Eltern weigern, den Fragebogen des Landes auszufüllen. Die Linkspartei.PDS nannte den Ansatz der Stadt vielversprechend, weil die notwendigen Informationen zur Förderung des Kindes zusammengetragen werden, aber nicht von Amts wegen gegen die Eltern, sondern in fairer Weise und unter Beteiligung von Kindern und Eltern.

Die Fraktionen bemängelten vor allem das Vorgehen des OB und der Sozialbürgermeisterin, die das Konzept und das geplante Verfahren wie auch die Kosten nicht in ausgearbeiteter Form dem Gemeinderat bzw. dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt haben. Zum Inhaltlichen wollten sie sich ausdrücklich nicht äußern. Dabei könnte der „Fohlenpass“ eine positive Kritik und Korrektur

des bürokratischen und schikanösen Landesfragebogens sein. Bei weiterer Ausarbeitung des Vorschlags lässt sich ja vielleicht auch ein besserer Name als „Fohlenpass“ finden. Den Jungs in den Kitas gefällt der sowieso nicht.

Ulrike Küstler, Starrätin Linke.PDS

Linke Liste Mannheim gegen Privatisierung der Abfallwirtschaft

Der Antrag von Gudrun Kuch, Gemeinderätin der Linken Liste Mannheim, gegen die Privatisierung erreichte in der betreffenden Gemeinderatssitzung das Quorum und wird am 16.5.06 im Hauptausschuss behandelt. Die CDU ist ernsthaft bestrebt, die Privatisierung der Abfallwirtschaft zu betreiben. Diese Pläne setzte die CDU mit ihrem Antrag zur Privatisierung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft am 28.3.06 im Gemeinderat um. Auch dieser Antrag wurde in den Hauptausschuss am 16.5.06 verwiesen.

Antrag der Linken Liste Mannheim
Der Gemeinderat lehnt alle Bestrebungen zur Privatisierung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft (EBA) ab. Dies gilt auch für eventuelle Teilprivatisierungen. Die Verwaltung wird auch nicht beauftragt, Konzeptionen für Privatisierungen zu entwickeln.

Begründung: Der Bereich des EBA, der von einer Privatisierung hauptsächlich betroffen sein könnte ist die Müllentsorgung, da hier für private Müllentsorger hohe Profite winken.

Der EBA ist aber bereits ein hochprofitabler Eigenbetrieb, der im abgelaufenen Geschäftsjahr 10 Millionen Euro Gewinn machte, der ab 2007 in Form

von Gebührensenkungen an die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler weiter gegeben wird. Die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit hat der EBA auch bei der öffentlichen Ausschreibung zur Entsorgung der gelben Säcke unter Beweis gestellt und sich gegen vielfache private Konkurrenz durchgesetzt.

Der EBA bezahlt seine Bediensteten nach dem TVöD, der halbwegs auskömmliche Einkommen sichert. Dies ist bei privaten Müllentsorgungsfirmen häufig nicht der Fall, da diese ihre Angestellten meist um ca. 20% niedriger bezahlen. Es darf nicht sein, dass Kommunen sich auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten an Lohndumping beteiligen, zumal eine Privatisierung häufig den gegenteiligen Effekt hat, als vorher behauptet. In der Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom 25. Februar 2006 wird genau dies berichtet. In Freiburg stiegen beispielsweise die Müllgebühren nach der Privatisierung der Entsorgung innerhalb kurzer Zeit um 60%. Es gibt noch zahlreiche weitere solcher Negativbeispiele.

Es ist auch die Frage, ob bei einer Privatisierung der Mannheimer Müllentsorgung der Unternehmer vertraglich verpflichtet werden kann, weiter die kommunale Müllentsorgungseinrichtung auf der Friesenheimer Insel nutzen zu müssen. Die heute schon überdimensionierte Anlage wäre dann endgültig eine Investitionsruine.

Der Mannheim Gemeinderat sollte sich nicht an ideologisch begründeten Abstrafaktionen gegen derzeit streikende Bedienstete beteiligen, sondern deren harte Arbeit bei Wind und Wetter würdigen. Die Stadt hat eine Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten, zu der auch angemessene tarifliche Bezahlung und Arbeitsbedingungen gehören.



MANNHEIM. Über 1.000 Menschen demonstrierten am Samstag, 8. April, unter der Losung „Eine Region wehrt sich – Gegen Holocaust-Leugner, gegen Nazi-Aufmärsche und gegen Gewalt!“ vom Gewerkschaftshaus zum Paradeplatz. Ca. 70 Organisationen hatten sich dem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts angeschlossen. Der Nazi-Aufmarsch zur Unterstützung des Holocaust-Leugners Ernst Zündel war von der Stadt Mannheim verboten worden, und dies Verbot hatte auch letztinstanzlich vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand. An der Spitze der Demonstration waren u.a. vertreten (v.l.: DGB-Region-Vorsitzender Rebmann, MdL Menstrup (SPD), MdL Reichardt (CDU), der Hauptredner Werner Pfennig (VVN-BdA), der katholische Stadtdekan Jung, Stadtrat Raufelder (Grüne), MdB Schick (Grüne) und Stadträtin Kuch (Linke Liste).



Für ein Bleiberecht

Der neu gewählte CDU-Landtagsabgeordnete und geschätzte Kreistagskollege Klaus Tappeser hat mit Blick auf die wachsende Schar der Nichtwähler in diesem Blatt eine kluge Feststellung getroffen: „ohne Wahlen keine Demokratie“. Ich dachte bei diesem Satz an einige Nachbarn aus Ex-Jugoslawien, der Türkei, Armenien... Menschen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge kamen und seit zehn Jahren und länger hier ohne gesicherten Aufenthalt leben, arbeiten, erziehen. Im Stadtteil und in Kirchengemeinden sind sie integriert. Ihre Kinder betrachten Tübingen als Heimat. Sie lernen in der Schule, was Demokratie ist und sie lernen zuhause, dass ihre Eltern nicht wählen dürfen, mal Arbeitsverboten unterliegen, mal zu Billigjobs herangezogen werden, alle paar Wochen neue Anträge stellen müssen, um die nackte Existenz zu sichern und die fortwährend drohende Abschiebung abzuwenden.

Ich halte diesen erniedrigenden Umgang für Schikane. Schon Schulkinder leben mit der ständigen Angst, von der Polizei abholt und in ein fremdes Land verbracht zu werden. Kettenduldungen mit Abschiebeperspektive erzeugen bei Heranwachsenden nicht Integration sondern Ausgrenzung. Wer eine Lehrstelle bekommt, weiß nicht, ob die Ausbildung beendet werden darf.

Die Härtefallregelungen sind völlig unzureichend. Die Innenministerkonferenz wird sich am 4. und 5. Mai in München mit diesen Themen beschäftigen, und man darf darauf gespannt sein, ob sich die neue Landesregierung weiter gegen eine humane Bleiberechtspraxis sperrt. Wenn Wolfgang Schäuble keine schwäbische Groß-

mutter gehabt hätte sondern vielleicht eine indische, wären wir da schon ein Stück weiter.

Auch der Tübinger Kreistag könnte ein Zeichen setzen: Rückkehrhilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz mit Zuschüssen aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds für so genannte „Altfälle“ sind weiter vorgesehen, soweit – so gut. Aber Integrationsangebote an diese rund 650 ausreisepflichtigen Menschen im gesamten Landkreis Tübingen wären gescheitert. Und wenn die Unterstützungszahlungen für „freiwillige Rückkehr“ nun bis Jahresende begrenzt werden, wirkt das Angebot des Landratsamtes wie eine Drohung, die da heißt: „Wenn Ihr nicht sofort geht, riskiert Ihr die Ausweisung ohne einen Cent in der Tasche“. Das Wort „Freiwilligkeit“ verkommt zu Zynismus und Heuchelei.



Bernhard
Strasdeit
Kreisrat der
Tübinger Linken
(TüLL)

Die Asylantragszahlen tendieren gegen Null: die Grenzen um die Europäische Union sind dicht. Schutzsuchende riskieren ihr Leben. Zumindest diejenigen, die seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt hier haben, sollten vor der Abschiebemaschinerie endlich geschützt werden. Am kommenden Samstag laden das Asylzentrum Tübingen, das Asylcafé Reutlingen und das Asylpfarramt Reutlingen um 11 Uhr zu einer Kundgebung auf den Tübinger Holzmarkt ein. Und auch die DGB-Kundgebung am 1. Mai bietet Gelegenheit, ein humanes Bleiberecht und eine Politik für gleiche demokratische Rechte zu fordern. Denn mit Menschen, die nicht wählen dürfen, gibt es keine Demokratie, Herr Tappeser und Herr Oettinger.

die mittwochspalte

Weißer Ritter aus Metzingen

Das war fein ausgedacht. Die Oberbürgermeisterin umgürtete den UFW/WUT-Fraktionsvorsitzenden Friesch und wollte mit einem bürgerlich-konservativen Ersten Bürgermeister ihre Wiederwahl absichern. Sie drängte unserer Meinung nach nicht nur Gerd Weimer zum Verzicht auf eine Kandidatur, da sie ihre Chancen bei einer SPD-Doppelspitze im Rathaus beeinträchtigt sah. Die SPD-Fraktion musste Gerd Weimer in den Rücken fallen, setzte aber immerhin durch, dass dann auch Höschle weg vom Fenster sein sollte. Doch Höschle blieb bockig und ließ sich nicht von Brigitte Russ-Scherer aus der eigenen Partei zu einem Kandidaturverzicht bewegen. In der UFW/WUT-Fraktion krachte es mächtig, Stadtrat Bosch platzte wegen des Dutzi-Dutzi-Kurses mit der OB der Kragen und Kurt Friesch ist dann aus dem Gemeinderat ausgeschieden.

Ein Höhepunkt war dann die Vorstellung der Kandidaten für den Ersten Bürgermeister. Eine Geisterbahn ist harmlos dagegen. Fast bei jedem Kandidaten war klar, dass zu Hause die Musikkapelle spielt, wenn man ihn los wird. Um das Chaos perfekt zu machen, brach die Verwaltungsspitze die Zusage für einige Kandidaten, ihr Bewerbung vertraulich zu behandeln, und gab jedermann eine Laufliste mit allen Namen an die Hand. Als das „Wochenblatt“ am Schmotzigen Donnerstag einen bösen Faschingsscherz publizierte, versuchte die Oberbürgermeisterin in einer als Ältestenratsitzung getarnten Heuchelorgie, meinem Kollegen Anton Brenner die Schuld an

allem in die Schuhe zu schieben. Wir sagten von vornherein: Warum wählen wir nicht die allseits als hochqualifiziert eingeschätzte Leiterin des Bereichs Familie, Schule, Sport und Soziales, Frau Schwarz-Österreicher? SPD-Parteibuch hin oder her. Da haben wir aber offen-



Bernd Melchert,
TÜLL/PDS-
Stadtrat,
Tübingen
Archivbild: Metz

sichtlich die Stutenbissigkeit der Oberbürgermeisterin unter- und die Anständigkeit von SPD-, AL- und FDP-Fraktion überschätzt. So soll es nun der weiße Ritter Michael Lucke aus Metzingen hochen.

Auch er ein hochqualifizierter Mann mit SPD-Parteibuch, wir hatten Gelegenheit, ihn in angeregter und geselliger Runde kennen zu lernen. Unsere vier Stimmen hat er und damit ist die Wahl am nächsten Montag gelaufen.

Offen bleibt das Rennen der Oberbürgermeisterwahl. Die SPD gibt auf die Wiederwahl von Brigitte Russ-Scherer keinen Pflifferling mehr. So ist ihr der Spatz in der Hand (ein Erster Bürgermeister mit SPD-Parteibuch) lieber, als die in Tübingen so beliebte Taube auf dem Dach.

Die Tübinger Kommunalabgeordneten mit ihren Artikeln im Schwäbischen Tagblatt vom 25. April (Kreisrat Bernhard Strasdeit) und vom 5. April (Stadtrat Bernd Melchert).

Konstanz: Vera Hemm, Gemeinderätin der PDS/LL steht für soziale Interessen

Der Plan der Stadtverwaltung und einiger Gemeinderäte, im Rahmen des Stadtentwicklungsplans einem Bremer Großinvestor am Konstanzer Horn den Bau profitträchtiger Luxuswohnungen und eines großen Wellness-Hotels zu ermöglichen, ist gescheitert. In geheimer Abstimmung beschloss eine Gemeinderatsmehrheit in der März-Sitzung, stattdessen dem Radolfzeller Getränkeunternehmer Kountz das zu dem Areal gehörende Waldhaus Jakob in Erbpacht zu überlassen. Auf einem zu miethenden Nachbargrundstück will Kountz ein Hotel errichten. Damit bleibt auch die Spitalstiftung Grundstückseigentümerin für diesen Komplex und für die Eselswiese. Kountz hat Erhalt und Ausbau des Waldhauses Jakob zugesagt. Er lehnt eine Wohnbebauung ab, um den Freiwertwert des Areals zu erhalten.

Einen breiten Raum nahm in der

Gemeinderatsitzung die Preispolitik der Stadtwerke und im Zusammenhang damit ein „Zielkatalog“ für die kommenden Jahre ein. Die Debatte über die Preispolitik war angesichts der ständigen Gebühren- und Preiserhöhungen bei Strom, Gas und Wasser sowie Bus und Fähre von der PDS/LL-Stadträtin Vera Hemm beantragt worden. Sie betonte in der Diskussion, bei den Preisanhebungen werde „auf den kleinen Geldbeutel nicht viel Rücksicht genommen.“ Unter anderem setzte sie sich für einen kostenlosen Busverkehr wie in der belgischen Stadt Hasselt ein, wo sich in fünf Jahren die Zahl der Fahrgäste verzehnfachte und eine Verkehrsberuhigung eintrat. Sie finde es auch nicht in Ordnung, wenn in dem „Zielkatalog“ der Stadtwerke vom Gemeinderat Zurückhaltung bei der Preispolitik gefordert und gleichzeitig angekündigt werde, dass die Preise

sich künftig stark „am Markt orientieren“ würden. Die Beschäftigten aber kämen in dem Papier überhaupt nicht vor. Die Geschäftsführer der Stadtwerke begründeten die Preisanhebungen mit dem Ansteigen der Energiepreise und behaupteten, das als GmbH geführte Unternehmen betreibe „keine überzogene Preispolitik“. Es liege mit seinen Verteuerungen im Vergleich zu anderen Kommunen „im guten Mittelfeld“. Dem konnte Vera Hemm nicht zustimmen und lehnte darum den Zielkatalog ab.

Auch ein weiterer Vorstoß der PDS/LL war Thema der Gemeinderatsitzung: die Einsetzung eines Behindertenbeauftragten in der Stadt. Vera Hemm verlangte noch einmal nachdrücklich, diese Stelle mit einer hauptamtlichen Kraft zu besetzen, weil diese mehr bewegen könne und einklagbare Rechte habe. Beschlossen wurde dann aber mit Stimmenmehrheit doch nur eine ehrenamtliche Stelle. Positiv die Ankündigung, dies bis zur Sommerpause 2006 umzusetzen.

Über den inzwischen beendeten Streik der Beschäftigten der technischen und Versorgungsbetriebe gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden und den damit drohenden Arbeitsplatzabbau gab es einen langen und heftigen Wortwechsel. Ausgelöst worden war er durch einen Antrag der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft, deren Gemeinderat Pilz insbesondere durch seine Äußerung, „solche Leute“ wie die Streikenden könnten „froh sein, dass sie überhaupt Arbeit haben“, Empörung bei den Gemeinderäten von PDS/LL, SPD und FGL auslöste. SPD-Gemeinderat Leipold warf ihm einen Anschlag auf die grundgesetzlich garantierte Streikfreiheit vor, Inge Egler von der FGL unterstrich, jeder Streik sei „eine legitime Handlung“ und nicht, wie Pilz meine, eine „Machtdemonstration der Gewerkschaft“. PDS/LL-Stadträtin Vera Hemm, die über viele Jahre dem DGB-Frauenausschuss in Konstanz vorstand, unterstrich: „Dieser Streik hatte den Hintergrund, die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter zu erhöhen. Aus dieser Sicht kann ich nur sagen: ‚Kurzfristig sind mir Müllsäcke auf der Strasse lieber als Arbeitslose auf der Strasse.‘“ Alle redeten davon, dass die Arbeitslosigkeit reduziert werden müsse: „und nun kommt jemand und versucht einen Schritt in diese Richtung, und schon wird Zeter und Mordio geschrien.

Die PDS/Linke Liste Konstanz im Internet: www.pds-ll-konstanz.de

aus: Seebälte Nr. 3/2006



Am 6. April ließ in Karlsruhe die Stadt das selbstverwaltete Jugendzentrum „Ex-Steffi“ räumen, obwohl zahlreiche Menschen in Karlsruhe sich für den Erhalt des autonomen Jugendprojektes eingesetzt hatten, unter anderem auch die Bundestagsabgeordnete der Linke, Karin Binder.

Der Jugendverband [solid] erklärte: „Grundsätzlich bedauern wir die Ignoranz gegenüber alternativen Lebens- und Kulturformen. Die BewohnerInnen der Ex-Steffi wollten jenseits des waren- und konsumorientierten Alltags ihren Weg gehen und leben. Die Stadt Karlsruhe wird nach der Räumung der Ex-Steffi in vielerlei Hinsicht ärmer! Das Scheitern Karlsruhes als europäische Kulturhauptstadt war daher wohl auch mehr als nur Pech, sondern einfach nur konsequent! Danke an die weitsichtige Jury!“

In Stuttgart fand eine spontan angemeldete Demonstration von Leuten des Jugendhausclubs Degerloch mit rund 100 Leuten statt (siehe Bild).

Am 20. Mai wird eine landesweite Demo zum Erhalt und Ausbau selbstverwalteter Freiräume in Stuttgart stattfinden.

Auszeichnung für „Bunt statt braun“

Das Projekt „Bunt statt braun“ wurde am 26. April 2006 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz als vorbildliches Projekt ausgezeichnet und mit einer Urkunde gewürdigt.

Vlatko Gavranic (Linke.PDS) und Luigi Pantisano hatten in Waiblingen im Kulturhaus Schwanen ein Festival gegen rechte Gewalt organisiert. In der Festivalwoche letzten Herbst gab es eine Ausstellung, Filme, Konzerte und Workshops für Jugendliche.

„Ohne die Unterstützung vom Kulturhaus Schwanen, der Polizei Waiblingen, der Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, dem Waiblinger Jugendgemeinderat und dem Rosa Luxemburg Forum Baden-Württemberg hätten wir es nie geschafft“, sagte Vlatko Gavranic. Widerstand gegen das Festival gab es nur von Seiten des Verfassungsschutzes.

Unter dem Titel „Jugendkulturen“ veranstalten Luigi Pantisano und Vlatko Gavranic im September 2006 ihr nächstes Projekt im Kulturhaus Schwanen in Waiblingen.

Aus Kreisverbänden von Linkspartei und WASG

Gemeinsame Kreismitgliederversammlung in der Ortenau

Am 27. April diskutierten die Mitglieder von Linkspartei und WASG in der Ortenau über weitere Schritte nach der Landtagswahl. Die Privatisierung von Kliniken und der Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus sind Felder der gemeinsamen Arbeit. Auch über die Bildung von örtlichen Gruppen und die zukünftige Verfasstheit der gemeinsamen Partei wurde diskutiert. Anwesend waren Thomas Mitsch vom erweiterten Landesvorstand der WASG und Bernhard Strasdeit, Landesvorstand Linkspartei.

1. Mai Kundgebung in Baden-Baden

Mangels einer gewerkschaftlichen Veranstaltung am 1. Mai in Baden-Baden organisierten Mitglieder von WASG und Linkspartei eine Kundgebung auf dem Augustaplatz mit Kulturprogramm, Tombola und Kinderangeboten. Am 4. Mai gab es einen Diskussionsabend zu den Ergebnissen der beiden Bundespartei-

Gemeinsame Erklärung der Vorstände in Stuttgart

Zum Ergebnis der Urabstimmung in der WASG gaben die Kreisvorstände von WASG und Linkspartei in Stuttgart eine gemeinsame Erklärung heraus, in der es heißt u.a.:

Bei aller Kritik von Entscheidungen aus rot-roten Regierungsbeteiligungen, die vielleicht auch teilweise berechtigt ist, darf das Ergebnis der Urabstimmung nicht eine Teilung der linken Kräfte in der Bundesrepublik bedeuten. Deshalb setzen wir den gemeinsam eingeschlagenen partnerschaftlichen Weg zu einer NEUEN LINKEN in der Region, im Land Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik ohne Irritationen fort. Die Wählerinnen und Wähler haben diesen Weg bei den Bundestagswahlen bestätigt. Das Ergebnis, eine starke und gemeinsame Fraktion der Linken im Bundestag, ist die Hoffnung vieler Menschen auf eine alternative und sozial gerechte Politik.

Durch den Prozess der Parteineubildung hat eine Neue Linke die Kraft und die Möglichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern eine politische Plattform anzubieten, die heute keiner Partei an-

WASG Tübingen:

Kommunales im Blick

Emanuel Peter zum Kreisvorsitzenden gewählt

TÜBINGEN. Die Mitgliederversammlung der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) hat vergangene Woche in Rottenburg Emanuel Peter zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Der Lehrer ist Nachfolger von Rüdiger Nierlein, dem Landtagskandidaten der Partei. Der Tübinger Rechtsanwalt gehört dem WASG-Kreisvorstand jedoch weiterhin an.

Mit über 3000 Stimmen hat die WASG Tübingen bei den Landtagswahlen ihr drittbestes Ergebnis von allen Wahlkreisen in Baden-Württemberg errungen. Dies sei, so der scheidende Kreisvorsitzende Nierlein, Ergebnis des großen Engagements der Mitglieder, deren Zahl sich im Kreis seit ihrer Gründung vor einem Jahr mehr als verdoppelt habe. Überall dort, wo die Wahlalternative wie in Tübingen und im „schwarzen Rottenburg“ mit Infoständen und Themenabenden kontinuierlich aufgetreten sei, habe man auch prozentual über fünf Prozent gelegen.

Einen großen Wermutstropfen sieht der neue Kreisvorsitzende Emanuel Peter in der historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 53,4 Prozent. In der Wählergruppe der unter Dreißigjährigen habe sie sogar unter 35 Prozent gelegen. Peter beklagte den bewussten Versuch neoliberaler Parteien, die Bürger bei ihrem Protest gegen Arbeitsplatzab-



Emanuel Peter

bau, achtjähriges Gymnasium und Muslimtest ins Leere laufen zu lassen. Mit dem Gefühl politischer Ohnmacht solle ihr Widerstand gegen den größten Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik umso leichter gebrochen werden. Die Aufgabe sei, besonders die jungen Menschen für die Politik zurückzugewinnen. Ansonsten bestehe eine große Gefahr für die Demokratie.

Wegen der gestiegenen Mitgliederzahlen wurde der neue Kreisvorstand auf fünf Mitglieder erweitert. Damit soll sich die WASG leichter im ganzen Kreis ausdehnen können, nachdem sie erst vor kurzem einen Ortsverband in Rottenburg gegründet hatte (wir berichteten). Neben dem neuen Kreisvorsitzenden Emanuel Peter gehören dem Vorstand die Rottenburgerin Christl Tierney und die Tübinger Reinhart Czisch, Rüdiger Nierlein und Hans-Jürgen Odebrecht an. Nach einem Jahr mit zwei schweren Wahlkämpfen wollen die 25 Anwesenden ihren politischen Schwerpunkt auf die sozialen Konflikte auf Gemeinde- und Kreisebene legen. Archivbild: Mozer

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik.

Wir hätten uns alle gewünscht, eine WASG-Fraktion im Stuttgarter Landtag einzuziehen zu sehen – warum haben wir es also dennoch nicht geschafft? Diese Fragen müssen wir uns stellen, denn ob in der Politik oder im Sport: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Es gilt, Schwachpunkte unseres Profils, unseres Angebotes an die Menschen, zu suchen und daran zu arbeiten:

a) Gleichgültig ob Linkspartei oder WASG: Wir müssen WählerInnen jenseits unseres bisherigen Klientels ansprechen. Hierfür benötigen wir vor allem eine Linie, die nicht vor der Kleinteiligkeit von Kommunal- und Landesbelangen zurückschreckt.

stehen, nicht mit einer Nichtwählerquote von 50 Prozent und mehr abfinden. Die müssen zurück in den politischen Diskurs gebracht werden, und das ist auch unsere Aufgabe.

Wir sollten uns die bekannte Tatsache erneut ins Bewusstsein rufen, daß linke Politik heute ungleich mehr umfassen muß als noch vor 25 Jahren. Die Wirtschaftsweise hat sich verändert, die geopolitische Situation ist vollständig gewandelt, und der Kapitalismus hat unter vielfach verschiedenen Bedingungen seine Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Es ist also nötig, daß wir uns ebenfalls verändern, unsere Basis verbreitern und die uns Linken eigene Vielfalt klug zu nutzen wissen.

Auch aus diesen Gründen haben wir, der Kreisverband der Linkspartei in Stuttgart, uns entschlossen, folgende Themenkreise/Arbeitsgruppen anzustoßen bzw. zu unterstützen, größtenteils geboren aus der Initiative einzelner Mitglieder:

1) Die Landesarbeitsgemeinschaft „Queer“ wird ab dem 17. Mai wiedererweckt bzw. neu strukturiert.

2) Ebenfalls als Landesarbeitsgemeinschaft ist die Gruppe „Christinnen und Christen in der Linkspartei.PDS“ angelegt. Der erste Termin hierfür ist der 2. Juni.

3) Vom Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg wird seit einigen Wochen unter maßgeblicher Mitarbeit der Stuttgarter Stadträtin und Genossin Ulrike Küstler ein Lektürekurs zur Auseinandersetzung mit relevanten philosophischen Schriften angeboten.

4) Auf Kreisebene wird es ab dem 26. Mai einen Themenkreis zur Kommunalpolitik geben.

Diese vier Felder decken einen Teil der Felder ab, die ich als unabdingbar für die weitere Entwicklung unserer Parteien ansehe und sollen nach Möglichkeit noch erweitert werden.

gehören, die sich aber für ein demokratisches, selbstbestimmtes und sozial gerechtes Leben einsetzen möchten sowie ein kulturvolles und emanzipatorisches Zusammenleben der Menschen fördern wollen. Die Grundlagen hierfür wurden durch das Kooperationsabkommen III sowie durch die programmatischen Eckpunkte auf Seiten beider Parteien bereits geschaffen.

Die Kreisverbände der Linkspartei, PDS und der WASG in Stuttgart werden jetzt als auch in Zukunft anfallende Themen gemeinsam inhaltlich diskutieren.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass fast vollständige Wählergruppen ihre bisherige politische Heimat verloren haben oder verlieren werden – hierbei habe ich vor allem enttäuschte Grünen-WählerInnen im Auge.

b) Es ist auch und vielleicht vor allem unsere Aufgabe als emanzipatorische Parteien, der Frustration der Nichtwähler ein tragfähiges Konzept zur Umgestaltung unserer Gesellschaft, Politik und Wirtschaft anzubieten. Es ist keine Neuigkeit, aber wir sollten uns besonders unter Berücksichtigung der Auseinandersetzungen, die uns bevor-

Politische Schwerpunkte und Perspektiven

Diskussionsbeitrag von Jan-Carl Mehles (Linke.PDS Stuttgart)

Von 4.012.441 Menschen, die am 26. März von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben, haben 121.753 die WASG gewählt. Auch wenn diese Anzahl (um die ungültigen Stimmen bereinigt) nur einem Anteil von 3,1 Prozent entspricht, sollte dieses Ergebnis Mut machen. Denn obwohl wir vielen Hürden gegenüberstanden, haben wir in gemeinsamer Anstrengung über 100.000 Menschen davon überzeugt, daß die Politik der im Landtag vertretenen Parteien keine Lösungen für die Probleme unserer Zeit bietet. Mit begrenzten Mitteln konnten wir eine wichtige Botschaft verbreiten:

Antikapitalismus und Freiheitsbegriff

www.sozialisten.de – Links zur Programmdebatte

Drei Papiere dominieren derzeit die programmatische Diskussion in und um die Linkspartei:

Am 23. Februar stellten Klaus Ernst und Lothar Bisky ein **gemeinsames Eckpunktepapier** vor, das die Programmdebatte in beiden Parteien einleiten soll und die wichtigsten Gemeinsamkeiten und offene Fragen im Parteibildungsprozess benennt.

Nele Hirsch, Sahra Wagenknecht und Tobias Pflüger stellten Ende März ein **Papier „für eine antikapitalistische Linke“** vor. Dieses Papier beschreibt Grundlinien antikapitalistischer Politik, die nach Auffassung der Verfasserinnen auch in Landesregierungen nicht preisgegeben werden dürfen.

Ende April stellten Julia Bonk und Katja Kipping und Caren Lay **„emanzipatorische Denkanstöße“** zur Diskussion; der Titel: „Freiheit und Sozialismus – Let's make it real“.

Alle Beiträge kann man herunterladen. Man findet sie unter www.sozialisten.de und da unter der Rubrik Parteibildung/Diskussion.

Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS am 12.2.2006 in Karlsruhe

Begrüßung durch Elvis Capece. **Konstituierung:** ins Tagungspräsidium werden gewählt: Jochen Dürr, Elke Lison, Simone Stein (eine Enthaltung). Wahlkommission: Christoph Cornides, Anne Maike Rahlfs, Christian Stähle wird mit einer Enthaltung angenommen. Mandatsprüfungskommission: Lieselotte Dietlinger, Udo Peter wird einstimmig angenommen.

Bernhard Strasdeit begrüßt die anwesenden Mitglieder und bedankt sich bei den bisherigen Bundesparteitage delegierten. In Hinblick auf die kommende Landtagswahl in Baden-Württemberg findet er es erfreulich, dass für alle 70 Wahlkreise die Kandidaturen der WASG stehen. In 11 Wahlkreisen sind die Direktkandidaten von der Linkspartei.PDS und in 18 Wahlkreisen sind die Ersatzkandidaten von der Linkspartei.PDS. Desweiteren führt er in seiner Rede den Protest gegen die Bolkensteinrichtlinie an, den Streik im öffentlichen Dienst, und den von der Landesregierung entworfenen Einwanderungsbogen für MigrantenInnen. Er sieht die Linkspartei.PDS und die WASG als soziale Opposition im Land. Die Tagesordnung und der Zeitplan für die Versammlung werden mit einer Enthaltung beschlossen.

Karin Binder fordert in ihrer Rede eine Veränderung in der Denkweise zum Sozialverhalten und ruft für mehr Solidarität für die Randgruppen der Gesellschaft auf. *Heike Hänsel* ruft zum Widerstand gegen die Bolkensteinrichtlinie auf und erzählt von ihrer Arbeit in Friedensgruppen. Auch *Bodo Ramelow* betont in seiner Rede, dass die Friedensbewegung eine Alternative zur militärischen Option bietet. Nach seiner Aussage sind für die politisch rote Farbe in Deutschland nun die Linkspartei.PDS zusammen mit der WASG zuständig. Man solle zusammen über das gescheiterte sozialistisch-staatliche System diskutieren, dabei aber nicht vergessen, dass es neben der DDR auch die BRD gab. Er fordert, dass alltagstaugliche Grundlagen zum Leben geschaffen werden: 8 Euro Mindestlohn; Investitionen, die zum Arbeitsplatzabbau führen sollen nicht mehr subventioniert werden; Eine moderne Bürgerversicherung, keine Harz IV; Nicht nur global, sondern auch regional denken. Die Linkspartei.PDS soll sich in eine gesamtdeutsche Diskussion einbringen und unterstützen dass gute Dinge aus der DDR übernommen werden wie z.B. Polikliniken und Kitas. Als nächster Redner folgt *Bernd Riexinger*, der über den Streik im öffentlichen Dienst spricht. Er fordert einen anderen Gesellschaftsentwurf der mehr Arbeitsplätze für mehr Menschen bietet. Des Weiteren sieht er weltweit eine falsche Umverteilung und kritisiert die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. *Alexander Schlager* redet für die Rosa-Luxemburg Stiftung und zur politischen Bildungsarbeit. *Jan Eckhoff* stellt sich als neuer Solid-Landessprecher vor. Weitere Redebeiträge folgen von Wolfgang Höpfner, Jochen Dürr zur Antifa-Arbeit, Ulrike Küstler zu ihrer Stadträtigkeit in Stuttgart und Hans Wunderlich richtet ein Grußwort der DKP an die Landesmitgliederversammlung.

Abstimmung der Initiativanträge: Antrag 1: Solidarität mit den Streikenden im Öffentlichen Dienst in Ba-Wü wird einstimmig angenommen. Antrag 2: Tatkräftige Beteiligung an den Montagsdemos und Nutzung der Regionalbüros wird mit 4 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Antrag 3: Kein Wahlkampf auf dem Rücken der MigrantInnen wird mit einer Enthaltung angenommen. Antrag 4: Solidaritätserklärung zu Kuba wird nach längerer Debatte mit 22 Gegenstimmen, 9 Enthaltungen und 24 Zustimmungungen angenommen.

Die Mandatsprüfungskommission gibt bekannt, dass 64 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Die Versammlung wird weiter geleitet von der Wahlkommission, siehe Wahlprotokoll. Bei den anschließenden Wahlen werden zu **Delegierten des Bundesparteitages** gewählt: Simone Stein, Gerlinde Strasdeit, Jan Eckhoff, Alexander Kauz. In den Bundesparteirat werden Lissy Jäckel und Dirk Hoerber wiedergewählt.

Protokoll: Simone Stein.

Stellenausschreibung

Die WASG-Baden Württemberg sucht ab sofort eine politische Geschäftsführerin/einen politischen Geschäftsführer.

Stellenbeschreibung: • Leitung der Geschäftsstelle in Stuttgart • Koordination der Arbeit des Landesvorstandes • Kommunikation mit den Kreisverbänden • Kommunikation mit dem Bundesverband • Koordination und Organisation des Parteibildungsprozesses mit der Linkspartei • Organisation von politischen Kampagnen in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand • Erstellen von Informationsmaterialien, Flugblätter, usw. • Unterstützung bei der Arbeit der Kreisverbände • Koordination von Wahlen (Kommunal-, Landtags-, Bundestagswahlen) • Mitgliederwerbung.

Persönliche Voraussetzungen: Der oder die Bewerberin muss die politischen Ziele der WASG unterstützen, soll bereits über politische Erfahrung verfügen (Mitarbeit in einem Verband, einer Gewerkschaft oder politischen Partei). Darüber hinaus ist die Fähigkeit zur Teamarbeit und Zusammenarbeit mit den gewählten Gremien gefordert, ebenso wie Erfahrungen in Moderation, Projekt- und Kampagnenarbeit. Kenntnisse im Umgang mit PC und den gängigen Kommunikationstechnologien ist ebenso Voraussetzung wie die Fähigkeit ein Landesbüro zu organisieren und Ehrenamtliche in die Arbeit einzubeziehen.

Bedingungen und Bezahlung: Arbeitszeit: 60 bis 75 % (Vollzeit 39 Stunden); Bezahlung: BAT 4b mit Option auf BAT 4a. Flexible Arbeitszeitgestaltung. Arbeitsort: Landesbüro, Marienstraße 3a in Stuttgart.

Schriftliche Bewerbungen bitte bis 31.5. an das Landesbüro der WASG, z.H. Bernd Riexinger.

„Schluss mit den ‚Reformen‘ gegen uns“

Aufruf zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration am 3. Juni 2006, 13.00 Uhr, in Berlin, Rotes Rathaus
www.protest2006.de

Am 3. Juni wollen Menschen aus der gesamten Bundesrepublik in Berlin gegen die zunehmenden Angriffe auf soziale Grundrechte und ArbeitnehmerInnenrechte, gegen die weitere Absenkung der europäischen Sozialstandards sowie gegen die drohende Militarisierung der Weltpolitik demonstrieren. Schwarz-Rot macht da weiter, wo Rot-Grün aufgehört hat: Schon jetzt werden die Hartz IV-Gesetze insbesondere für Jugendliche verschärft. Der Kündigungsschutz soll ähnlich wie in Frankreich aufgeweicht und die Probezeit auf 24 Monate ausgedehnt werden. Statt Arbeitszeit zu verkürzen und Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen, erzwingen öffentliche wie private Arbeitgeber Arbeitsverlängerung und Lohnkürzung.

Die bundesweite Demonstration knüpft an die Mobilisierungen gegen sozialen Kahlschlag, Verunsicherung und den Abbau sozialer und politischer Rechte der vergangenen Jahre an. Sie führt die Proteste der letzten Jahre fort und schließt an die aktuellen Auseinandersetzungen in den Betrieben und Büros, auf der Strasse und in den Ämtern an. Es geht um ein besseres Leben ohne Existenzangst und Konkurrenzdenken für alle, es geht um das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe.

Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS hat sich am 27. März mit dem Aufruf zu dieser Demonstration befasst und teilt das Anliegen, die zivilgesellschaftlichen Kräfte gegen die unsozialen Vorhaben der Bundesregierung zu mobilisieren. Er unterstützt dabei insbesondere den Versuch, die sozialen Proteste mit der Anti-Kriegsbewegung und der europaweiten Mobilisierung gegen die Absenkung der Sozialstandards zu verbinden. Der Parteivorstand bitte die Landesverbände, die Mobilisierung zu der Demonstration, auf der auch unsere stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping sprechen wird, zu unterstützen.

Demonstrieren wir also mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen am 3. Juni gegen den Abbau von Rechten und sozialer Sicherheit! Tragen wir unsere Position für eine bedarfsorientierte soziale Grundversicherung als Individualanspruch und die Forderung nach einem angemessenen Mindestlohn von 8,00 € auf die Straße!

DIE LINKE.PDS

Landesgeschäftsstelle

Linke.PDS Baden-Württemberg,
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.
Tel (07 11) 24 10 45, Fax (07 11) 24 10 46
e-mail: info@linkspartei-bw.de
Homepage: www.linkspartei-bw.de
Geschäftszeiten: Mo, Mi, Do, Fr 14–18.30 h

Basisorganisationen und Kontakte

Böblingen

Ronny Schmidt, Goldackerstr24, 71229 Leonberg,
Tel. 07152-28158, post@pds-sindelfingen.de

Bruchsal, Kraichgau-Hardt

Heinz Peter Schwertges, Blumenstraße 14, Zeu-
tern, 76698 Ubstadt-Weiher, Tel. 0 72 53-5 0116,
e-mail: bruchsal@linkspartei-bw.de.

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel: 07681-
23143. Email: emmendingen@linkspartei-bw.de.

Esslingen

Reinhold Riedel, Rotenackerstraße 122, 73732
Esslingen, Tel/Fax 07 11-3 18 07 60, e-mail: ess-
lingen@linkspartei-bw.de.

Filder-Nürtingen-Kirchheim/Teck

Jonas Scherr, Landhausstr. 18, 73061 Ebersbach,
Tel. 07163-4127, filder@linkspartei-bw.de

Freiburg

Linke.PDS Freiburg, Gregory Mohlberg, Oberer
Rieselfeldgraben 11, 79111 Freiburg, Tel.: (0761)
1 37 44 31, eMail: freiburg@linkspartei-bw.de.
www.pds-freiburg.de.

Geislingen

Jan Eckhoff, Talgraben 16, 73312 Geislingen, Tel:
07331/951026, Fax: 07331/306998, Tel: 0172-7
04 88 61, eMail: geislingen@linkspartei-bw.de

Göppingen

David Binder, Bergstr. 10, 73092 Heiningen. Tel.
07161-71535. E-mail: goeppingen@linkspartei-
bw.de. www.pds-göppingen.de

Heidelberg

Thorsten Kilian, Oberer Langerain 8, 69259
Wilhelmsfeld, eMail: kille-kilian@web.de Tel.
06220/913539

Heilbronn Unterland

Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Of-
fenau, Tel 07136-4280, heilbronn@linkspartei-
bw.de.

Karlsruhe

Linke.PDS, Bürgerstr. 7, 76133 Karlsruhe, Telefon
0721-9850713, Fax -9850714, email: info@pds-
karlsruhe.de.

Konstanz

Linkspartei.PDS Konstanz, c/o Jürgen Geiger,
Tel: (07531) 697 465, Fax: (07531) 95 85 27,
Postadresse, Joseph-Belli-Weg 5, 78467 Konstanz,
eMail: pds-konstanz@gmx.de, www.pds-
ll-konstanz.de

Lörrach-Müllheim

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstr. 21, 79539
Lörrach, e-mail: loerrach@linkspartei-bw.de.

Ludwigsburg

Bodo Müller, Wilhelmstr. 57, 71688 Ludwigs-
burg, Tel. 07141-2421841, e-mail: ludwigsburg@
linkspartei-bw.de

Mannheim

Steven Kunz, Paul-Gerhard-Str. 5, 68169 Mann-
heim, Postfach 121412, 68058 Mannheim, Tele-
fon 0621-3391735, Fax: -3363894, Info-Telefon:
0621-3364341, email: mannheim@linkspartei-
bw.de.

Neckar-Zabern

Isolde Nesper, Untere Kelterstr. 25, 71732 Tamm,

Tel.: (07141) 6852804, email: IsoldeNesper@
t-online.de

Ortenau

Markus Widera, Lippstr. 7, 77716 Haslach, Tel.
(07832) 67667, email: ortenau@linkspartei-
bw.de

Pforzheim

Franz Rumler, Maximilianstraße 96, 75172 Pforz-
heim, Telefon (0 72 31) 10 15 63, Fax (0 72 31)
46 88 93, info@Rumler-F.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332
Waiblingen, Tel. (0 7151) 54806, Fax (0 7151)
563254.

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269,
e-mail: elson@swol.net

Schwäbisch Gmünd

Siegfried Pilbauer, Beurener Str. 9, 73540 Heu-
bach, Tel. 07173 - 403710
e-mail: schwaebischgmueund@linkspartei-bw.de.

Schwäbisch Hall – Hohenlohe

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwä-
bisch Hall, Tel (07 91) 5 4118, Fax (07 91) 55178,
e-mail: schwaebischhall@linkspartei-bw.de.

Stuttgart

Christian Stähle, Vogelsangstraße 7, 70176 Stutt-
gart. Tel: (0711) 5203772, Fax: (0711) 5057841.
email: c.staehle@linkspartei-stuttgart.de Email:
Kreisverband: info@linkspartei-stuttgart.de.
www.linkspartei-Stuttgart.de

Tübingen

Linke.PDS Tübingen, Ammergasse 14, 72070
Tübingen, Tel. 07071/993870, e-mail: info@pds-
tuebingen.de, www.pds-tuebingen.de

Ulm

Linkspartei.PDS Ulm, c/o Andreas Rose, Ochsen-
steige 16/6, 89075 Ulm. Tel.: 0173 4075539.
Mail: ulm@linkspartei-bw.de

Weinheim

Carsten Labudda, Hölderlinstraße 4, 69469 Wein-
heim, Telefon/Fax: (0 62 01) 876758, e-mail:
weinheim@linkspartei-bw.de, www.linkspartei-
weinheim.de

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Betrieb und Gewerkschaften

Jochen Dürr, Adresse siehe Schwäbisch Hall

AG gegen Repression

Christoph Cornides, Wupperstr. 20, 68167 Mann-
heim, Telefon (06 21) 33 16 50.

AG Landespolitik

Dirk Hoerber, Griegstr. 13 B, 70195 Stuttgart, Tel.:
0711-3514681, e-Mail: Dhoerber@aol.com

AG Migrationspolitik

Rudolf Bürgel, Postfach 1101, 76001 Karlsruhe,
Telefon (0721) 7501240.

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Frederico Elwing, Post über Landesgeschäftsstel-
le, Tel.: (07071) 56 71 85, e-mail: mail@frederi-
co-elwing.de

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz .

Landesarbeitsgemeinschaft Hochschulen

Christoph Rehm, Fasanenweg 2, 74918 Angel-
bachtal. Tel: 0171–1185135. email: crehm@sai.
uni-heidelberg.de. www.linke-hochschulgrup-
pen.de

Hochschulgruppen

Heidelberg

Die Linke.HSG HD, z.Hd. ZFB, Albert-Überle-
Straße 3-5, 69120 Heidelberg, Tel: 0170-1185135
(Christoph), eMail: crehm@sai.uni-heidelberg.de

Tübingen

Die Linke.PDS, Ammergasse 14, 72070 Tübingen,
Tel. 07071/993870, info@solid-tuebingen.de

Ulm

Ulm/Hochschulgruppe stuPDS, c/öAstA, Uni Ulm,
89069 Ulm. www.stupds.de, info@stupds.de

Jugendverband [‘solid]

Baden-Württemberg

[‘solid] – die linke jugend. Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548
9342, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Landesvorstand

Postadresse: Linkspartei.PDS Landesvorstand,
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart

Landessprecherin

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269,
e-mail: elson@swol.net

Landessprecher

Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mo-
bil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946,
e-mail: strasdeit@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o Linkspartei.
PDS Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart,
Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656,
e-mail: christoph.cornides@t-online.de

Spenden

Linke.PDS Baden-Württemberg

Postbank Stuttgart,
BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostiropoulos, Die Linke., Haus der Frakti-
onen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-
386409, Fax 0721-386410, stadtrat@pds-karls-
ruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, PDS/Linke Liste, Gartenstr. 33,
78462 Konstanz

Stuttgart

Ulrike Küstler, Linke.PDS, Rathaus, Marktplatz 1,
70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-
2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de.
www.stuttgart.de/pds

Tübingen

Gemeinderatsfraktion der Tübinger Linken/PDS,
Ammergasse 14, 72070 Tübingen, www.tuebin-
ger-linke.de. Gerlinde Strasdeit (Stadträtin) und
Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534,
Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Bren-
ner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax:
-49992, Mail: Brenner-Tuebingen@t-online.de •
Bernd Melchert, Derendinger Str. 43, 72072
Tübingen, Tel. 07071/78689, Mail: bernd.mel-
chert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metz-
ger, Lilli-Zapf-Straße 19, 72072 Tübingen, Tel.
07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/
293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5,
68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo. 14–16
Uhr, Di.10–13 Uhr, Do. 13–16 Uhr. mail: gudrun.
kuch@mannheim.de

Europabüro Tobias Pflüger

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mep-regionalbuero@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956980, Fax: 07071-23946
homepages: www.tobias-pflueger.de,
www.pds-europa.de



Landesbüro

Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit,
Landesbüro Baden-Württemberg,
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 29 39 42
Email: info@wasg-bw.de

Kreisverbände und Kontakte

Baden-Baden / Rastatt

Dieter Hitscherich, der.hit@web.de; Isolde, Bräuner 76530, Baden-Baden; Karl-Heinz Holub, 77833 Ottersweier, Hatzenkalle@t-online.de

Biberach

Biberach, Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, herbert.wilzek@wasg-oberschwaben.de

Böblingen (Leonberg, Herrenberg, Sindelfingen)

Brigitte Ostmeyer, 71088, Holzgerlingen, brigitte.ostmeyer@wasg-intra.net; Harry Ladwig, 71229 Leonberg, harryladwig@aol.com

Bodenseekreis

Herbert Urbanek, 88045 Friedrichshafen, herbert.urbanek@web.de

Breisgau-Hochschwarzwald

Anton Wasmeier, 79379 Müllheim, wasgmuellheim@yahoo.de

Calw/Freudenstadt

René Achterwinter, 75382 Althengstett, rene.achterwinter@web.de; Stephanie Riehm, 75391 Gechingen, stephanieriehm@gmx.de

Freiburg/Emmendingen

Armin Wolff, 79110 Freiburg, arminw68@t-online.de; Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg im Breisg., lothar_schuchmann@gmx.de

Göppingen

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St, herbert.eckhoff@t-online.de; Frank Winkel, 73329 Kuchen, schwaben73@compuserve.de

Heidelberg/Rhein-Neckar

Frank Scholz, 69115 Heidelberg, frank_scholz@gmx.de; Beate Fath, 69123, Heidelberg, beafath@t-online.de; Gabriele Funke-Mörtel, 69115 Heidelberg, gfunkemoertel@pharmexx.de; Elmar Schmidt, 69124 Heidelberg, elsime@web.de; Christof Bunse, 69181 Leimen, christofbunse@yahoo.de; Heinrich Müller, 69226 Nußloch, henri.mueller@t-online.de; Stefan Weber, 74889 Sinsheim, privat-stefan.weber@web.de

Heidenheim / Brenz

Adolf Proksch, 89537 Giengen a.d. Brenz; Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, cildir.hasan@web.de; Horst Mack, 89520 Heidenheim, kanzlei@beuerle.de

Heilbronn

Helmut Schmidt, 74177 Bad Friedrichshall, schmidt-hr@t-online.de; Anne-Marie Hehl, 74235 Erlenbach, a_hehl@hotmail.com; Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, ehinger.hasso@web.de; Klaus Hanselmann, 74189 Weinsberg, khanselmann@yahoo.de

Hohenlohe/Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, 74653 Künzelsau, ErnstKern@gmx.de

Karlsruhe

Ute Gsöls-Puhl, 76227 Karlsruhe, gsoels-puhl@t-online.de

Konstanz

Angelika Böhl, 78464 Konstanz, angelikaboehl@swol.net; Stephan Schleuter, 78333 Stockach, info@biozeit.de

Lörrach

Hans-Joachim Szmerlowski, 79650 Schopfheim, ha.sz@t-online.de; Jörg Sanio, 79650 Schopfheim, ssanios@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg; Barbara Hoffmann, 71638 Ludwigsburg, fbh.hoffmann@t-online.de

Main-Tauber

Rolf, Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, rechtsanwalt-Gruening@t-online.de; Markus May, 97877 Wertheim, maymedia@t-online.de

Mannheim

Sven Stromann, 68167 Mannheim, sven_stromann@gmx.de; Jutta Graf-Baier, 68219 Mannheim, j.graf-baier@vype.de

Neckar-Odenwaldkreis

Harald Reiß, 74821 Mosbach, haraldreiss@gmx.net; Peter Kuschminder, 69437 Neckargerach, p.kuschminder@web.de

Offenburg/ Ortenau

Andrea Rummel, 77855 Achern, tom-andi@t-online.de

Pforzheim/Enz

Claus Hübner, 75223 Niefern-Öschelbronn, mcwehu@s-direkt.net.de; Claus Spohn, 75177 Pforzheim, claus.spohn@online.de; Wolfgang Schulz, 75179 Pforzheim

Ravensburg

Christian Scheider, 88212 Ravensburg, christian.scheider@o2online.de; Wilfried Buchele, 88213 Ravensburg

Rems-Murr

Jörg Drechsel, 71549 Auenwald, joerg@drechselweb.de; Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, g.grosse@wasg-rems-murr.de

Rottweil

Harald Hans Wilfried Riek, 78628 Rottweil, harald-riek@lycos.de; Enikoe Agnes Riek-Nagy, 78628, Rottweil, enikoenagy@web.de; Katharina Birk, 78628 Rottweil, katharinabirk@online.de

Schwarzwald-Baar

Thomas Ruf, 78056 Villingen-Schwenningen

Sigmaringen

Sonja Reinacher, 88367 Hohentengen, sonja.reinacher@web.de; Rainer Kaltfofen, 88356 Ostrach

Stuttgart

Roland Hoffmann, 71229 Leonberg, roldiehoffmann@aol.com; Cuno Hägele, 70178 Stuttgart, cunohaegele@web.de; Tinette Schnatterer, 70178 Stuttgart, tinette.schnatterer@gmail.com

Tuttlingen

Norbert Brunner, 78665 Frittlingen, norbrunner@aol.com; Johannes Röhrenbach, 78532 Tuttlingen

Tübingen

Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, emanuelpeter@gmx.de

Ulm/Alb-Donau

Stefan Pofahl, 89075 Ulm, stefan@pofahl.de; Gerhard Simon, 89198 Westerstetten, gerhardsimon@t-online.de

Zollernalbkreis

Reinhold Bücher, 72461 Albstadt, reinhold.buecher@t-online.de; Harald Beiter, 72336 Balingen; Xenia Berger, 72351 Geislingen, xenia.berger@vera-cruz.net

Landesvorstand

Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernd Riexinger (Landessprecher), Stuttgart, Tel.: 0711-639771, E-Mail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de

Damian Ludewig, Heidelberg, Tel.: 06221-372695

E-Mail: damian.ludewig@web.de

Claudia Mrosek (Presse), Tübingen, Tel.: 07121-678370, E-Mail: claudiamrosek@web.de

Bernd Merling (Landesschatzmeister), Tel.: 0621-4310265, E-Mail: asg-lv@merling.net

Landesvorstand:

Franz Groll, Calw/Freudenstadt, Tel.: 07056-2391, E-Mail: franz.groll@gmx.de

Werner Hillenbrand, Ludwigsburg, E-Mail: wh-asg@t-online.de

Ute Gsöls-Puhl, Karlsruhe, Tel.: 0721-9419352, E-Mail: gsoels-puhl@t-online.de

Rüdiger Nierlein, Tübingen, Tel.: 07071-792245, E-Mail: r.nierlein@web.de

Silvia Ofori, Hohenlohe/Schwäbisch-Hall, Tel.: 0791-6106, E-Mail: Silvia.Ofori@t-online.de

Dirk Spöri, Freiburg, Tel.: 0761-135406, Handy: 0160-7942195, E-Mail: spoeri@gmx.net

Stefan Straub, Reutlingen, E-Mail: stefan.straub-reutlingen@arcor.de

Kontoverbindung

WASG LV Baden-Württemberg

Kto-Nr.: 2066300

BLZ: 670 900 00

Volksbank Rhein-Neckar

www.wasg-bw.de

DIE LINKE.

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Post vorläufig wie BO Tübingen. Tel. 07071/993872. Fax z.Z.: 030/22776179 E-mail z.Z.: mail@frederico-elwing.de. www.heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe
Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

Presspost: E 43152
Linke.PDS/WASG Landesinfo
Baden-Württemberg

Veranstaltungen, Termine

■ Gemeinsame Kommunalpolitik organisieren!

Die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik auf der **Tagung am 13. Mai 2006 (nachmittags) in Stuttgart** wird von Stadt- und Kreistagsmitgliedern der Linken.PDS in Baden-Württemberg vorbereitet. Themen sind:

1. Grundlinien linker Kommunalpolitik. Die Leitlinien zur Kommunalpolitik der Linkspartei.PDS werden vorgestellt.

2. Was alles über die Kommunen läuft. Aus der kommunalpolitischen Praxis wird die Vielfalt der Themen vorgestellt: Bernhard Strasdeit, Tübingen: Demokratie in der Kommune / Arbeit in den Aufsichtsräten / Bürgerbeteiligung. Ulrike Küstler, Stuttgart: Was ist eine Metropolregion / Migrations- und Integrationspolitik. Gudrun Kuch, Mannheim: Probleme der Privatisierung kommunaler Einrichtungen.

3. Kommunalpolitisches Forum Baden-Württemberg: Die Gründung eines gemeinnützigen Vereins zur kommunalpolitischen Bildungsarbeit und zum Erfahrungsaustausch für die kommunalpolitisch Engagierten wird vorbereitet. Interessierte, die längerfristig in diesem Forum mitarbeiten wollen, melden sich bitte in der Landesgeschäftsstelle der Linkspartei.

Ulrike Küstler

■ Einladung der AG Landespolitik

Wir wollen zukünftig die Mitglieder der WASG sowie die ehemaligen LandtagskandidatInnen einladen mitzumachen. Als weitere Arbeitsgrundlage sehen wir das Landtagswahlprogramm der WASG, in dessen Rahmen WASG und Linkspartei.PDS gemeinsam Wahlkampf gemacht haben.

Das nächste Treffen der LAG Landespolitik soll am **Donnerstag, 18.5.2006 um 18.30 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS Stuttgart**, Senefelderstr. 26, 70176 Stuttgart stattfinden. Als Referenten für dieses Treffen konnten wir Tobias Kaphegyi aus Tübingen gewinnen. Außerdem wollen wir die betreffenden Passagen des Wahlprogramms der WASG sowie die Bildungspolitischen

Leitlinien der AG Bildungspolitik der Linkspartei.PDS miteinbeziehen. Sicher wird nur ein Treffen nicht ausreichen, um das Thema abschließend behandeln zu können. Darum handelt es sich bei diesem Termin um einen ersten Einstieg in die Thematik Bildungspolitik.

Über eine rege Teilnahme freuen wir uns sehr! Für weitere Infos siehe Kontaktdaten.

Mit solidarischen Grüßen
Dirk Hoerber, Sprecher LAG Landespolitik

■ Arbeitskreis Umwelt

Ich suche Interessierte für die Mitarbeit in einem neu zu gründenden Arbeitskreis Umwelt.

Ziel ist unser (von mir mitgestaltete) Landtags-Wahlprogramm weiterzuentwickeln, unsere Position in der Umweltpolitik weiter zu präzisieren, Kontaktaufnahme mit anderen AKs bundesweit.

Erstes Treffen: am **Donnerstag, den 11.5.06 um 19 Uhr im Landesbüro Stuttgart**, Marienstr. 3A, Rücksprache / Anmeldung bei Joschi Baumann. Mail: joschi.bau@web.de; Tel: 0711-484788

■ Gestalten und Opponieren in Berlin

Gemeinsame Diskussionsveranstaltung von Linkspartei und WASG im Kreis Böblingen. „Gestalten und Opponieren – zum politischen Ansatz der Linken in Berlin“ mit Carsten Schatz (Landesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS in Berlin) am **Dienstag, den 16. Mai 2006 um 19.30 Uhr; Sindelfingen**, Bürgerzentrum „Ernst-Schäfer-Haus“, Ziegelstrasse (neben Gasthof „Hirsch“).

An der Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS an der Landesregierung in der Hauptstadt Berlin entzündet sich immer wieder Kritik. Ihr wird vorgeworfen, eine Politik des Sozialabbaus zu betreiben oder sich an diesem zu beteiligen. Sie wird sogar bezichtigt, selbst „neoliberale“ Positionen zu haben. Auch von Teilen der WASG wird die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin als Vehikel für die Ablehnung der Zusammenarbeit benutzt. Wir wollen nicht über, sondern mit einem Vertreter der Linkspartei in Berlin über die Gründe für die Beteiligung an der Landesregierung sprechen. Wo sind die

Vorteile und Nachteile? Welche Fehler hat man möglicherweise gemacht, was wird zu Unrecht gemacht der Linkspartei angekreidet? Was bedeutet die Formel von Gestalten und Opponieren in Berlin?

Für die Linkspartei Basisorganisation im Kreis BB, Richard Pitlerle; www.dielinkspartei-bb.de

■ Seminar zur Kommunalpolitik in Geislingen

Samstag, 8. Juli 2006, Geislingen, Gewerkschaftshaus, Burgstr. 3. Referent: Reinhard Neudorfer. Anmeldung mit Telefonnummer ist unbedingt erforderlich! Jan Eckhoff, Talgraben 16, 73312 Geislingen. Telefon: 07331-960325, Email: jan.eckhoff@pds-geislingen.de

■ Links!camp am Bodensee

Auch dieses Jahr soll es das traditionelle Pfingstcamp der linken Jugend [solid] in Markelfingen am Bodensee geben, allerdings erst eine Woche später, vom **8. bis 11. Juni**, deshalb heißt es jetzt Links!camp. Der thematische Schwerpunkt wird dieses Mal Energiepolitik sein, wir wollen dieses Thema in Workshops aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Dazu gibt es ein Rahmenprogramm mit Film, Fußball und Schwimmen im See. Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 40 Euro, ermäßigt 30 Euro. Nähere Infos: unter www.solid-bw.de. Anmeldung: Solid-Landesgeschäftsstelle.

■ Rosa Luxemburg Forum Baden-Württemberg

13. Mai, 14–20 Uhr – Grethergelände, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg: Festival „Bleiberecht für alle“: Infoveranstaltungen, Infostände, Ausstellungen, Filme, Kulturprogramm

15. Mai, 20 Uhr – Infoladen, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen: Infoveranstaltung zur Gentechnikkritik

17. Mai, 20 Uhr – Infoladen (Hausbar), Schellingstr. 6, 72072 Tübingen: „Abolishing the Borders from Below“. Ein anarchistisches Osteuropa-Zeitungsprojekt, der G8-Gipfel in St.Petersburg und soziale Kämpfe in Osteuropa

28. Mai, 10–17 Uhr – Senefelderstr. 26, 70176 Stuttgart-

West: Seminar/Lektürekurs Linke Schule: Vorstellungen der Linken über eine emanzipierte Gesellschaft“. Bemerkung: Anmeldung erbeten!

14. Juni, 20 Uhr – Neue Aula (Wilhelmstr. 7), HS 6, 72074 Tübingen: Dirk Vogelskamp (Köln): „Die Migrationspolitik der EU“

Voraussichtlich 11.–15. August – voraussichtlich Naturfreunde-Ferienheim Schurwald: Linke Sommerschule: Themen: politische Ökonomie; Neoliberalismus; Globalisierung; Linkspartei und sozialer Widerstand. Bemerkung: beschränkte TeilnehmerInnenzahl: Anmeldung erforderlich; Teilnahmegebühr. Kontakt zum Rosa-Luxemburg-Forum: Alexander Schlager, Nürtinger Str. 31, 72074 Tübingen, per mail unter post@rlf-bw.de; telefonisch unter 07071/942436, <http://www.rlf-bw.de>

■ 25 Jahre DIDF

Die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V. wird am **Samstag den, 13. Mai 2006 in Essen** ihr 25. Jubiläum unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ feiern. Seit 25 Jahren versuchen wir eine Brücke zwischen den Nichtdeutschen und dem Leben in Deutschland zu bilden. Deswegen ist uns die Mitwirkung bei Antikriegsaktionen oder Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau genauso selbstverständlich, wie unser Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Eine gute Zusammenarbeit mit demokratischen Verbänden und Kräften im Engagement für das Miteinander in Deutschland ist nach unserer Auffassung unentbehrlich. In diesem Sinne würden wir uns über Ihre Teilnahme an unserem Kulturfest sehr freuen. Für eventuelle Nachfragen stehen wir gerne zur Verfügung und verbleiben.

mit freundlichen Grüßen

Bülent Bozkurt

Am 13. Mai 2006 fahren Bussen nach Essen von u. ab: Stuttgart/Bad Cannstatt, Bahnhof um 10.00 Uhr. Geislingen, Sternplatz um 9.00 Uhr. Ludwigsburg, LBHbf, um 10.00 Uhr. Ulm Hbf um 9.00 Uhr. Heilbronn Hbf um 10.00 Uhr. Schweningen Hbf 9.00 Uhr. Mannheim 10.00 Uhr. Karlsruhe 10.00 Uhr.

Für mehr Info: Tel.: 01747901089, 017625194520 od. 017629685680